



Parlamentssitzung vom 25.08.2025

Protokoll

19:00 – 21:00 Uhr

Vorsitz

Casimir von Arx (GLP), Parlamentspräsident

Parlamentsbüro

Selin Lopez (FDP), 2. Vizepräsidentin
Brigitte Rohrbach (SP Frauen), Stimmzählerin
Reto Zbinden (SVP), Stimmzähler

Mitglieder des Parlaments

Christina Aebischer (Grüne)
Roland Akeret (GLP)
Géraldine Bösch (SP Frauen)
Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)
Bülent Celik (SP Männer)
Heidi Eberhard (FDP)
Toni Eder (Die Mitte)
Lukas Erni (Grüne)
Mayra Faccio (JUSO)
Sara Cristina Gasser (Junge Grüne)
Jutta Gubler (SP Frauen)
Janka Hamm (SP Frauen)
Andreas Hauser (GLP)
Roland Hofer (SVP)
Fabienne Marti (GLP)

Florian Moser (SVP)
David Müller (Grüne)
Matthias Müller (EVP)
Urs Mumenthaler (SP Männer)
Arlette Mürger (SP Frauen)
Klaus von Muralt (Grüne)
Sladjan Petrovic (Die Mitte)
Monika Röthlisberger (Grüne)
Sandra Röthlisberger (GLP)
Ronald Sonderegger (FDP)
Isabelle Steiner (SP Frauen)
Katja Streiff (EVP)
Roger Tanner (GLP)
Andrea Winzenried (SVP)

Gemeinderat

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident
Thomas Marti (GLP), Gemeinderat
Christian Burren (SVP), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Chantal Fuchs

Protokoll

Ursula Wüst

Entschuldigt

Franziska Adam (SP Frauen)
Dominic Amacher (FDP)
Kathrin Gilgen (SVP)
Laura Hoffman (Junge Grüne)
Mark Kobel (FDP)
Christine Müller (Grüne), 1. Vizepräsidentin
Tatjana Rothenbühler (FDP)
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

PAR 2025/53

Traktandenliste und Mitteilungen

1. **Traktandenliste und Mitteilungen**
Beschluss
2. **Kreditabrechnungen**
Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen
3. **V2508 Interpellation (Grüne, Junge Grüne) "Ist das Kulturkonzept 2020 auf Kurs?"**
Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen
4. **Wabern, Lerbermatt, Erweiterung Fussballfeld und Infrastruktur**
Kredit; Direktion Sicherheit und Liegenschaften / Direktion Bildung und Soziales
5. **Einführung Microsoft 365 in der Gemeindeverwaltung Köniz**
Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe
6. **V2503 Postulat (SP/Juso) "Umsetzung Istanbul-Konvention"**
Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales
7. **V2514 Interpellation (EVP-GLP-Mitte Fraktion) "Informations- und Cybersicherheit in der Gemeinde Köniz"**
Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe
8. **Verschiedenes**

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Guten Abend miteinander, ich begrüsse euch zur Folgesitzung vom 18. August 2025. Ich hoffe, ihr hattet eine gute Woche.

Wie ihr gesehen habt, sind wir von zahlreichen Mitgliedern des FC Wabern begrüsst worden. Ich bin gespannt auf die Debatte, die wir heute Abend führen werden.

Die heutige Parlamentssitzung wird, wie auch die letzte und die nächste Parlamentssitzung, im Livestream übertragen. Ich begrüsse deshalb auch alle Anwesenden, die von zu Hause aus zuschauen.

Ich komme zu den Entschuldigungen: Heute entschuldigt sind Christine Müller, Tatjana Rothenbühler, Marc Kobel, Laura Hoffman, Dominic Amacher, Kathrin Gilgen und Franziska Adam. Ronny Sonderegger erwarten wir noch, er kommt etwas später. Der Gemeinderat ist nicht vollzählig: Hans-Peter Kohler hat nach der letzten Parlamentssitzung begründungslos mitgeteilt, dass er heute nicht da ist. Er wird beim Postulat durch Thomas Marti vertreten. Es sind 32 Parlamentsmitglieder anwesend, das Parlament ist damit beschlussfähig.

Wir kommen zu Traktandum 1, «Traktandenliste und Mitteilungen»: Auf der Tischvorlage liegt ein Ordnungsantrag vor. Toni Eder hat mir aber mitgeteilt, dass dieser Ordnungsantrag zurückgezogen wird. Ist das richtig? Gut. Gibt es ansonsten Anmerkungen zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Damit ist diese so genehmigt.

Beschluss

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2025/54

Kreditabrechnungen

Kenntnisnahme/Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Das Parlament nimmt gemäss Art. 50 Bst. G) der Gemeindeordnung die Abrechnungen über Verpflichtungskredite, die von den Stimmberechtigten oder vom Parlament bewilligt wurden, zur Kenntnis.

Der Gemeinderat beschliesst gemäss Art. 61 Bst. D) der Gemeindeordnung die Nachkredite bis Fr. 200'000.00 zu Verpflichtungskrediten der Stimmberechtigten oder des Parlaments.

Das Parlament beschliesst gemäss Art. 48 Bst. C) der Gemeindeordnung die Nachkredite über Fr. 200'000.00 zu Verpflichtungskrediten der Stimmberechtigten oder des Parlaments sowie die Nachkredite zu Verpflichtungskrediten des Gemeinderates, sofern der Gesamtbetrag (Verpflichtungskredit und Nachkredit) Fr. 220'000.00 übersteigt.

An der Parlamentssitzung vom 02.05.2011 wurden die Fristen der Abrechnungen der Kredite diskutiert, dabei wurde gewünscht das Datum des Projektabschlusses offenzulegen.

2. Zusammenfassung Kreditabrechnungen

Die Finanzkontrolle hat die folgenden Kreditabrechnungen geprüft:

Nr.	FK	Konto	Dir.	Objekt	Kredit	Jahr	Kosten	Abweichung	in %	NK GR	NK PAR
1	P25007	5600.501.1109	DUB	Sanierungsmassnahmen aus GEP obere Gemeinde / Rahmenkredit	2'250'000.00	2012	1'466'529.77	-783'470.23	-34.82		

Der Gemeinderat orientiert über die Daten der letzten Buchung und der Einreichung der Abrechnung bei der Finanzkontrolle als Zusatzinformation zu den obigen Abrechnungen wie folgt:

Nr.	Datum letzte Buchung	Datum Abrechnung an FK
1	31.12.2021	12.03.2025

Es ist festzuhalten, dass die längeren Garantiefristen (bis max. 2 Jahre) zu Verzögerungen bei der Abrechnung führen. Dies erweist sich als sinnvoll.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Kreditabrechnung Rahmenkredit "Sanierungsmassnahmen aus GEP Untere Gemeinde / Rahmenkredit".

Köniz, 18.06.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Bericht Kreditabrechnungen Kompetenz Parlament

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Wir kommen zum Traktandum 2, «Kreditabrechnungen». Das ist eine Kenntnisnahme der Direktion Präsidiales und Finanzen. Die Sitzungsakten bilden der Bericht und der Antrag des Gemeinderates. Das Vorgehen ist wie folgt, zuerst hat der GPK-Referent, Toni Eder, das Wort, danach folgen die Fraktionsvoten, die Einzelvoten der Parlamentsmitglieder, der Gemeinderat und dann stimmen wir ab.

GPK-Referent Toni Eder, Die Mitte: Das Parlament nimmt gemäss Art. 50 der Gemeindeordnung, die Abrechnung von Verpflichtungskrediten, die durch die Stimmberechtigten oder durch das Parlament bewilligt wurden, zur Kenntnis.

Das Traktandum betrifft die Abrechnung des Rahmenkredits «Sanierungsmassnahmen aus GEP obere Gemeinde». Grundsätzlich erhält das Parlament bei Rahmenkrediten nur die Schlussabrechnung ohne Erläuterungen zu allfälligen Kreditabweichungen. Mit dem Beschluss des Rahmenkredits geht die Verantwortung für die Bewilligung und die Abrechnung der Teilkredite an den Gemeinderat über.

Der Rahmenkredit ist insgesamt um CHF 783'470 unterschritten worden. CHF 333'470 sind Minderausgaben bei den einzelnen Teilkrediten. Die Differenz zwischen dem vom Parlament bewilligten Rahmenkredit und dem vom Gemeinderat bewilligten Teilkredit ist auf zwei Hauptfaktoren zurückzuführen:

- Schätzungsunsicherheiten - das sind Abweichungen aufgrund der üblichen Schwankungsbreite der Kostenschätzungen - und
- nicht umgesetzte Projekt- respektive Projektteile.

Im Projekt war vorgesehen, dass man das Niederschlagsabwasser aus der Siedlung Strassweid bis in den Bruucherebach verbunden und dort auch eine Renaturierung des Bachs vorgenommen hätte. Das konnte man aufgrund der ablehnenden Haltung der betroffenen Grundeigentümer und Pächter nicht umsetzen, welche das erforderliche Kulturland nicht zur Verfügung gestellt haben. Und damit konnte man dies nicht realisieren. Der Betrag lag bei CHF 340'000 und dieser blieb in der Folge ungenutzt. In Gasel gab es eine Grundwasserschutzzone S3, welche vom Amt für Wasser und Abfall AWA aufgehoben wurde und aus diesem Grund musste man Dichtigkeitsprüfungen, die vorgesehen waren, nicht ausführen weshalb CHF 50'000 nicht nötig wurden. Die Finanzkontrolle stellt fest, dass sie die Abrechnung geprüft und als richtig befunden hat.

Die GPK hat das Geschäft angeschaut und die folgenden Beschlüsse gefällt:

- Alle nötigen Informationen liegen vor. Das Abstimmungsergebnis war einstimmig.
- Die GPK empfiehlt dem Parlament, die Kreditabrechnung zur Kenntnis zu nehmen. Auch dieses Abstimmungsergebnis war einstimmig.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Frage an den Gemeinderat. Gibt es neue Erkenntnisse oder Ergänzungen zu den schriftlichen Unterlagen? Das ist nicht der Fall. Das Eintreten auf das Geschäft ist obligatorisch. Gibt es Voten aus den Fraktionen?

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Toni Eder, Die Mitte: Ganz kurz: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion ist einverstanden mit dem Antrag des Gemeinderates und nimmt das Geschäft zur Kenntnis.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Gibt es weitere Fraktionsvoten? Das ist nicht der Fall. Gibt es Einzelvoten? Auch nicht. Möchte der Gemeinderat etwas sagen? Auch nicht. Dann stimmen wir ab.

Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Kreditabrechnung Rahmenkredit "Sanierungsmassnahmen aus GEP Untere Gemeinde / Rahmenkredit".

(Abstimmungsergebnis: 32 Stimmen für zustimmende Kenntnisnahme (einstimmig))

PAR 2025/55

V2508 Interpellation (Grüne, Junge Grüne) „Ist das Kulturkonzept 2020 auf Kurs?“

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird eingeladen, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Hat das seit 2020 gültige Kulturkonzept aus Sicht des Gemeinderates seine Ziele für die Könizer Kulturpolitik, für die Kulturschaffenden und für die Bevölkerung erreicht?
2. Gemäss Parlamentsakten vom 2.12.2019 lässt sich der Gemeinderat einmal pro Legislatur über die Umsetzung des Kulturkonzepts informieren und entscheidet über Anpassungen. Was hat der Gemeinderat diesbezüglich in der letzten und in der laufenden Legislatur geprüft (Ziele, Massnahmen oder andere Vergleichswerte) und was war das Ergebnis dieser Prüfung?
3. Plant der Gemeinderat, das Kulturkonzept nächstens grundlegend zu überarbeiten?
4. Wie plant der Gemeinderat, die Kulturschaffenden und sonstigen Akteure in diese Überarbeitung einzubeziehen?
5. Ist das Budget der Gemeinde Köniz für Kulturförderung eher höher oder tiefer als das Kulturförderungsbudget vergleichbarer Gemeinden, beispielsweise Thun, Langenthal oder Burgdorf?

Begründung

Das Parlament hat das Könizer Kulturkonzept 2020 im Dezember 2019 verabschiedet. Im Kulturkonzept steht (Seite 4), dass dem Gemeinderat einmal pro Legislatur Bericht erstattet wird, dieser die Umsetzung des Kulturkonzepts diskutiert und Anpassungen oder eine Überarbeitung beschliesst. Das Kulturkonzept ist 2020 in Kraft getreten. Demnach hat diese Berichterstattung schon zwei Mal stattgefunden oder wird spätestens dieses Jahr noch stattfinden. Nach den ersten Jahren der Umsetzung des Kulturkonzepts sollen das Parlament und somit auch die Bürgerinnen und Bürger erfahren, wie der Gemeinderat die Wirkung des Konzepts misst und beurteilt und welche Schlüsse er aus der Beurteilung zieht. Dies umso mehr, als das Kulturkonzept 2020 eher allgemeine Schwerpunkte und Handlungsfelder und keine messbaren Ziele enthält. Zudem ist es für die Bevölkerung und für Kulturschaffende wichtig zu wissen, wie der Gemeinderat die Kulturförderung in Zukunft gestalten möchte.

Liebefeld, 17. März 2025, Monika Röthlisberger

Eingereicht

17.03.2025

Unterschrieben von 22 Parlamentsmitgliedern

Monika Röthlisberger, Christina Aebischer, Lukas Erni, Laura Hoffman, David Müller, Klaus von Muralt, Sara Gasser, Mayra Faccio, Urs Mumenthaler, Rahel Gall, Géraldine Boesch, Isabelle Steiner, Janka Hamm, Arlette Münger, Bülent Celik, Franziska Adam, Matthias Müller, Roger Tanner, Selin López, Heidi Eberhard, Brigitte Rohrbach, Casimir von Arx

Antwort des Gemeinderates

- 1. Hat das seit 2020 gültige Kulturkonzept aus Sicht des Gemeinderates seine Ziele für die Könizer Kulturpolitik, für die Kulturschaffenden und für die Bevölkerung erreicht?**

Das Kulturkonzept der Gemeinde Köniz beschreibt neben den Grundsätzen, Grundlagen und Leitsätzen drei Handlungsfelder und diesen zugeordnet mehrere Förderschwerpunkte. Das Kulturkonzept nennt

aber keine konkreten Massnahmen oder Ziele. Zu allen Schwerpunkten des Kulturkonzepts hat die Fachstelle Kultur seit 2020 Massnahmen ergriffen und umgesetzt.

Die folgende Auflistung zeigt die umgesetzten und geplanten Massnahmen der letzten Jahre, geordnet nach den Förderschwerpunkten:

1. Kulturförderung

Förderschwerpunkte: Integration, Projekte für und mit Frauen und Projekte für ältere Menschen

Bei der Beurteilung der Projekte, die um Beiträge angefragt haben, wurden die oben genannten Schwerpunkte gemäss der Beschreibung im Kulturkonzept besonders beachtet. Wenn möglich wurden Projekte, die die Zielgruppen der Schwerpunkte betrafen, mit etwas höheren Beiträgen gefördert.

Beim Ankauf von Kunstwerken für die gemeindeeigene Kunstsammlung wurden in den letzten Jahren hauptsächlich Werke von Frauen berücksichtigt.

2. Kulturvermittlung

Förderschwerpunkte: Kulturelle Teilhabe, Inklusion und Austausch/Vernetzung

Im Bereich kulturelle Teilhabe wurde das Projekt "Regiotheater Heute Hier" in den Startjahren unterstützt. Idee des Projekts ist es, in verschiedenen Ortsteilen von Köniz kulturelle Veranstaltungen zu zeigen. Im 2024 initiierte die Fachstelle Kultur das Projekt "Kulturfest Köniz", das in verschiedenen Ortsteilen an 12 Spielorten über 40 Veranstaltungen zeigte und 440 Kulturschaffende aus der Gemeinde Köniz teilnahmen.

Im Herbst 2025 ist eine kuratierte Kunstaussstellung von Könizer Kulturschaffenden geplant, die ART-Köniz. Die Fachstelle Kultur ist Mitinitiatorin. Die Gemeinde unterstützt das Projekt finanziell.

Für die drei Jahre 2022- 2024 wurde ein Schwerpunkt für inklusive Projekte öffentlich ausgeschrieben. Vier Projekte (wurden über die drei Jahre mit total CHF 46 000 unterstützt:

Format K, Temporäre Ateliergemeinschaft – Bildende Kunst, Flurina Hack und Antonia Erni

KopfKinoKöniz – Hörspiel-Projekt, Kathrin Fischer und Radio RaBe

Gospel inklusiv – Chorprojekt, Gospelchor Liebefeld

Everybody Dance Now – Disco & Workshop, KunstWerkstatt Buchseegut

Die Fachstelle Kultur fördert die Zusammenarbeit der Könizer Kulturinstitutionen und Kulturschaffenden über verschiedene Arten. Am jährlichen Kulturtreffen der Gemeinde Köniz gibt die Fachstelle Kultur Gelegenheit für die Vernetzung und informiert über kulturelle Themen. Die Fachstelle Kultur vernetzt gezielt einzelne Institutionen oder Personen untereinander, um gemeinsame Projekte zu initiieren.

3. Kulturerbe

Förderschwerpunkte: Ortsgeschichtliche Sammlung und Schulmuseum sowie die Kunstsammlung

Die Ortsgeschichtliche Sammlung wurde 2020 personell mit dem Verwaltungsarchiv zusammengeschlossen und wird seither nicht mehr von der Fachstelle Kultur geführt. Dafür wurde im 2023 das Schulmuseum Bern in Köniz der Fachstelle zugeordnet. Die Gemeinde gibt einen jährlichen Beitrag an die Stiftung Schulmuseum Bern in Köniz von CHF 65 000.

Die Fachstelle Kultur hat jährlich CHF 10 000 für Ankäufe der Kunstsammlung zur Verfügung. Auch werden jedes Jahr Werke aus der Sammlung im Lichthof ausgestellt. Im 2022 wurden im Gemeindehaus Bläuacker neue Bilder in den öffentlich zugänglichen Fluren gehängt, darunter ein neu interpretiertes Wandrelief (2.8mx5m) von Walter Loosli. Dies war eine Schenkung der BKW.

- 2. Gemäss Parlamentsakten vom 2.12.2019 lässt sich der Gemeinderat einmal pro Legislatur über die Umsetzung des Kulturkonzepts informieren und entscheidet über Anpassungen. Was hat der Gemeinderat diesbezüglich in der letzten und in der laufenden Legislatur geprüft (Ziele, Massnahmen oder andere Vergleichswerte) und was war das Ergebnis dieser Prüfung?**

Das Kulturkonzept trat 2020 in Kraft, die damals laufende Legislaturperiode endete im Dezember 2021. Der Gemeinderat wurde im 2022 nicht über konkrete Umsetzungen des Kulturkonzepts informiert. Wegen Corona war der Kulturbetrieb in diesen Jahren nur eingeschränkt funktionsfähig. Eine erste Überprüfung des Kulturkonzepts wird von der Fachstelle Kultur Ende 2025 auf das Legislaturende vorgenommen.

- 3. Plant der Gemeinderat, das Kulturkonzept nächstens grundlegend zu überarbeiten?**

Eine grundlegende Überarbeitung des Kulturkonzepts ist nicht geplant. Aus Sicht des Gemeinderats ist das Kulturkonzept als einziges Instrument für die Ausrichtung der Kulturförderung der Gemeinde Köniz aber zu wenig umfassend. Geplant ist die Formulierung einer Kulturstrategie in der kommenden Legislatur, die die Kulturpolitik und die Kulturförderung über mehrere Jahre festlegt. Daraus abgeleitet werden Massnahmenpakete pro Legislatur bestimmt.

- 4. Wie plant der Gemeinderat, die Kulturschaffenden und sonstigen Akteure in diese Überarbeitung einzubeziehen?**

Ein Einbezug der Könizer Kulturschaffenden und der Institutionen in den Erarbeitungsprozess der Kulturstrategie ist angedacht, aber noch nicht festgelegt.

- 5. Ist das Budget der Gemeinde Köniz für Kulturförderung eher höher oder tiefer als das Kulturförderungsbudget vergleichbarer Gemeinden, beispielsweise Thun, Langenthal oder Burgdorf?**

Die Budgets der Kulturförderung der verschiedenen Gemeinden und Städte sind nur bedingt direkt vergleichbar. Mit dem Kantonalen Kulturförderungsverordnung wurde der Kanton in sogenannte Regionalkonferenzen eingeteilt. Jede Regionalkonferenz hat wiederum eine Zentrumsgemeinde. Diese Zentrumsgemeinde wird bevorzugt behandelt, da sie für die umliegenden Gemeinden Zentrumsfunktionen übernimmt, darunter z.B. die Förderung von grösseren Kulturinstitutionen. Die Gemeinden Thun, Langenthal und Burgdorf gelten alle als Zentrumsgemeinden. Sie alle profitieren von Direktzahlungen pro Kopf von den umliegenden Gemeinden, mit denen sie die in ihrer Gemeinde liegenden Kulturinstitutionen fördern können. Sie erhalten damit einen grösseren finanziellen Spielraum für die ergänzende Kulturförderung wie Projektförderung oder Jahresbeiträge für Vereine.

Köniz ist als viertgrösste Gemeinde des Kantons Bern keine Zentrumsgemeinde, in der Region Bern-Mittelland ist das nur die Stadt Bern. Die Gemeinde Köniz zahlt darum einen hohen Pro-Kopf-Beitrag (2025 CHF 1 045 403) an die Regionalkonferenz Bern-Mittelland. Von den 15 regional bedeutenden Kulturinstitutionen, die über die Regionalkonferenz Bern-Mittelland gefördert werden, haben drei den Standort in der Gemeinde Köniz: BeJazz, Kulturhof Schloss Köniz und das Kollektive Frei_Raum/Heitere Fahne (elf sind in Bern, eine in Jestorf und eine in Münchenbuchsee). Damit fliesst ein kleiner Teil der Gelder wieder in das Könizer Kulturschaffen zurück. Köniz zahlt aber mit Abstand am meisten Geld in die Regionalkonferenz ein, obwohl es auch einen Teil der sogenannten Zentrumsfunktionen übernimmt.

Im Vergleich zu Burgdorf (Mio 1.24) und Langenthal (Mio 1.44) investiert Köniz (Mio 1.61) im Ganzen mehr in die Kultur, aber ein Grossteil (Mio 1.04) fliesst in die regional bedeutenden Kulturinstitutionen der Regionalkonferenz Bern-Mittelland. Zieht man den Beitrag an die Regionalkonferenz ab, ist die Investition in die Kultur von Köniz deutlich kleiner als in Burgdorf und Langenthal. Thun hat mit Ausgaben von Mio 2.42 ein deutlich höheres Kulturbudget. Allerdings sind in diesem Betrag die Beiträge für das Kunstmuseum inkl. Thun-Panorama, die Stadtbibliothek und das Kultur- und Kongresszentrum Thun inkludiert.

Köniz, 21.05.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

1) Vergleichstabelle Kulturausgaben 2024

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Dann kommen wir zu Traktandum 3, V2508, Interpellation Grüne/Junge-Grüne: «Ist das Kulturkonzept 2020 auf Kurs?» Das ist eine Beantwortung der Direktion Präsidiales und Finanzen. Wünscht jemand die Diskussion? Das ist nicht der Fall. Dann hat die Erstunterzeichnerin das Wort.

Erstunterzeichnerin Monika Röthlisberger, Grüne: Vorab möchte ich noch bekanntgeben, dass ich im Vorstand des Vereins Kulturhof Schloss Köniz bin. Der Verein hat mit diesem Vorstoss hier aber nicht direkt etwas zu tun und der Vorstoss kommt rein aus der grünen Fraktion.

Ganz herzlichen Dank an die Gemeindepräsidentin und an die Verwaltung für die differenzierten und erfreulichen Antworten. Ich bin befriedigt. Die Fraktion Grüne/Junge Grüne begrüsst es, dass der Gemeinderat eine Kulturstrategie erarbeiten will, die das Kulturkonzept ergänzen und als Grundlage für konkrete Massnahmen und Ziele dienen soll. Wie genau dann aber diese zwei Papiere zusammen funktionieren, wurde für uns aus der Antwort nicht ganz klar. Was aus unserer Sicht aber sehr wichtig ist, ist, dass die Strategie dann unbedingt zusammen mit den Könizer Kulturschaffenden und zusammen mit dem Könizer Kulturpublikum entsteht.

Das Ziel oder der erwartete Nutzen dieses Papiers sollen allen klar sein, so dass die knappen Mittel in den Augen der Kulturschaffenden und von denen, die die Kultur geniessen dürfen, gerecht und zumindest nachvollziehbar den Kulturprojekten zugesprochen werden können. In der Antwort des Gemeinderates kann man beim Ausgabenvergleich mit anderen Gemeinden zwischen den Zeilen ein gewisses Bedauern herauslesen, dass Köniz nicht als Zentrumsgemeinde gilt, wie Thun oder Burgdorf, und dass man rund CHF 1 Mio. der RKBM abliefen muss und sie nicht selber verteilen kann.

Wie unsere Diskussionen mit Könizer Kulturschaffenden und Fachleuten aus der kantonalen Kulturpolitik gezeigt haben, ist das nicht so tragisch, weil ja diese Million, die man der RKBM zahlt, auch Könizer Kulturschaffenden zu Gute kommt. Köniz gehört in diesem Sinn zur Zentrumsregion und Könizer Projekte können sich auch in der Stadt Bern um diese Mittel bewerben und bekommen sie auch.

Nichtsdestotrotz: Wenn man die Beträge, die Thun und Burgdorf als Zentrumsgemeinden bekommen, berechnet, dann hat Köniz doch ein peinlich tiefes Budget für die Projektförderung. Vergleichbare Gemeinden geben der Kultur einen höheren Stellenwert und deutlich mehr Geld. Hier sehen wir einen gewissen Aufholbedarf.

Die Antwort des Gemeinderates zeigt aber auch das: Auch wenn der Gemeinderat eher ein leises Interesse am Kulturkonzept hatte und mit Corona eine gute Ausrede – pardon - *Begründung* hat, um dieses nicht so genau zu überprüfen, so kann man es trotzdem in Köniz krachen lassen und kann ein Kulturfest organisieren, HEUTE HIER-Theater machen und Kulturschaffende vernetzen. Auf die ART Köniz freuen wir uns auch bereits.

Ein grosses Merci an dieser Stelle, an die Fachstelle Kultur und natürlich auch an alle Kulturschaffenden in der Gemeinde für ihr grosses, in der Bevölkerung sehr geschätztes Engagement. Auch dank euch ist Köniz eine attraktive Gemeinde.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Ich halte fest, dass die erste Unterzeichnerin mit der Antwort des Gemeinderates befriedigt ist. Ich halte zudem noch fest, dass Ronald Sonderegger getroffen ist.

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

PAR 2025/56

Wabern; Lerbermatt; Erweiterung Fussballfeld und Infrastruktur

Kredit; Direktion Sicherheit und Liegenschaften und Direktion Bildung und Soziales

Bericht und Antrag des Gemeinderates an das Parlament**1. Ausgangslage**

In der Gemeinde Köniz besteht ein ausgewiesener Mangel an normgerechten Fussballfeldern gemäss den Richtlinien des Schweizerischen Fussballverbandes (SFV). Das Bewegungs- und Sportanlagenkonzept der Gemeinde Köniz vom 08. April 2021 weist diesen Mangel deutlich aus - aktuell besteht ein Defizit von vier Rasenfeldern. Um dem bestehenden und weiterwachsenden Bedarf gerecht zu werden, ist der Bau zusätzlicher Fussballfelder zwingend erforderlich. Dabei sollen bestehende Anlagen, wo möglich, erweitert oder durch den Ersatz mit Kunstrasenfeldern in ihrer Kapazität und Nutzungsintensität optimiert werden. Zudem fehlen die notwendigen Aussengarderoben mit Duscheinrichtungen, was den Spiel- und Trainingsbetrieb zusätzlich einschränkt.

Politischer Vorstoss und Folgen

Am 23. Mai 2016 hat das Parlament der Gemeinde Köniz die überparteiliche Motion 1532 „Verbesserung der Fussballstruktur im Raum Wabern“ einstimmig als Postulat erheblich erklärt. Der Gemeinderat wurde damit beauftragt, ein entsprechendes Projekt auszuarbeiten.

Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie im Jahr 2017 (GRB 120, März 2017) wurden sowohl die Vergrößerung des bestehenden Rasenfeldes als auch ein geeigneter Standort für ein neues Garderobengebäude geprüft. Die Ergebnisse wurden dem Gemeinderat vorgestellt und in ein konkretes Bauprojekt überführt (GRB 626, Dezember 2017).

Da sich der geplante Standort des Garderobengebäudes ausserhalb der Bauzone befand, war eine Anpassung der Zonenplanung (ZöN Lerbermatt) erforderlich. Diese wurde 2019 im Rahmen eines geringfügigen Verfahrens vorgenommen. Die Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) erfolgte im Januar 2022. Im Anschluss daran wurde das Projekt infolge eines Budget- bzw. Planungsstopps vorläufig sistiert.

In der Parlamentssitzung vom 19. August 2024 wurde der Planungskredit zur Überarbeitung des Bauprojekts aus dem Jahr 2018 beschlossen. Zusätzlich beauftragte das Parlament den Gemeinderat, beim Kanton abzuklären, ob anstelle eines Naturrasens auch ein Kunstrasen realisiert werden könnte. Dabei sollen die Investitions- und Folgekosten beider Varianten transparent gegenübergestellt werden. Weiter soll ergänzend eine Projektvariante im pragmatischen Minimalstandard ausgearbeitet und zur Entscheidung vorgelegt werden.

Eigentum und Nutzung Lerbermatt

Das Gymnasium Lerbermatt befindet sich im Eigentum des Kantons Bern. Die Grundlage für die Nutzung durch die Gemeinde Köniz bildet eine Vereinbarung aus dem Jahr 1997. Darin ist die ausserschulische Nutzung der Anlage – insbesondere durch Vereine – klar geregelt.

Für den FC Wabern stellt die Anlage Lerbermatt die zentrale Heim-Fussballinfrastruktur dar. Das grosse und kleine Rasenfeld des Gymnasiums Lerbermatt wird ausschliesslich durch den FC Wabern genutzt. Der Trainingsbetrieb wird durch die erste Mannschaft, die Senioren sowie mehrere Junioren-Teams abgedeckt. Weitere Aktiv- und Juniorenmannschaften nutzen andere Fussballanlagen innerhalb der Gemeinde Köniz.

Sämtliche Heimspiele sowie Kinderfussballturniere finden auf dem grossen Rasenfeld statt. Pro Woche bestreiten die Aktivmannschaften und Senioren durchschnittlich vier Meisterschaftsspiele. Hinzu kommen vier Juniorspiele sowie wöchentlich ein Kinderfussballturnier mit 4 bis 8 teilnehmenden Teams. Die Nutzungszeiten und Kapazitäten der Anlage werden in Absprache mit der Schulleitung des Gymnasiums Lerbermatt sowie der Fachstelle Anlagen + Sport der Gemeinde Köniz koordiniert und verbindlich festgelegt.

Abmessungen Rasenfeld, Sicherheitsräume, Ballfänger

Das grosse Naturrasenfeld weist Nettoabmessungen von 100 x 60 Metern auf. Die Sicherheitsräume rund um das Spielfeld sind unzureichend ausgebildet: Auf der Ost-, Süd- und Westseite werden die gemäss SFV geforderten Mindestabstände von 3 Metern nicht eingehalten. Hinter dem östlichen Tor ist kein Ballfang vorhanden, was ein Sicherheitsrisiko für Zuschauerinnen und Zuschauer darstellt. Die Belastbarkeit von Naturrasenspielfeldern variiert je nach Bausystem erheblich. Eine fachtechnische Analyse hat ergeben, dass auch der technische Aufbau des Spielfelds saniert werden sollte, um die maximale wöchentliche Nutzungsdauer durch den Fussballbetrieb ohne Schäden zu gewährleisten.

Technische Einrichtungen

Die bestehende Beleuchtungsanlage ist veraltet, weist häufige Ausfälle auf und entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Eine Sanierung ist zwingend erforderlich und muss durch den SFV homologiert werden. Die Rasenbewässerung erfolgt derzeit über mobile Regenwagen. Diese Lösung ist jedoch nur beschränkt tauglich und erfüllt die Anforderungen eines intensiven Spiel- und Trainingsbetriebs langfristig nicht. Zudem fehlen gedeckte Spielerbänke.

Fehlende Räumlichkeiten Fussballbetrieb

Die Sportanlage Lerbermatt umfasst eine Dreifachsporthalle sowie zwei Einfachsporthallen, die primär dem Sportunterricht des Gymnasiums Lerbermatt dienen. Zusätzlich werden die Hallen in den Abendstunden und an Wochenenden für Vereinstrainings und Hallensportanlässe genutzt. Da die Aussen-sportanlagen parallel betrieben werden, fehlen für den Fussballbetrieb wesentliche Infrastrukturen: Es stehen zu wenig Garderoben mit Duschen, Toilettenanlagen sowie ein Sanitätszimmer für die Fussball-spielenden zur Verfügung. Auch für das Publikum bestehen weder Toilettenanlagen noch eine Erste-Hilfe-Station.

Eine einfache Buvette in Form eines Containers (2 x 6 Meter), im Besitz des FC Wabern, ist vorhanden, genügt jedoch den Anforderungen für einen Verein in dieser Grössenordnung nicht. Ein Lager- oder Materialraum für Trainingsgeräte steht nicht zur Verfügung.

FC Wabern

Der FC Wabern nimmt mit 24 Teams am Meisterschaftsbetrieb teil. Von insgesamt über 600 aktiven FussballerInnen sind rund 400 Kinder und Jugendliche – ein eindrücklicher Beleg für das grosse Engagement des Vereins in der freiwilligen Jugendarbeit. Die erste Mannschaft des FC Wabern spielt zurzeit in der 3. Liga. Besonders bemerkenswert ist das kontinuierliche Wachstum des Vereins in den vergangenen Jahren.

Für die Nutzung der vorliegenden erweiterten Fussballanlage wurde ein entsprechendes Betriebskonzept erarbeitet.

Rahmenbedingungen Hochbauten

Sämtliche Gebäude des Gymnasiums Lerbermatt sind im Bauinventar der Denkmalpflege als schützenswert (K-Objekt) eingestuft. Dies ist die höchste Schutzkategorie.

Im Baureglement ist die Lerbermatt in den Zonen mit Planungspflicht (ZPP) verankert. Unter den Gestaltungsgrundsätzen sind bauliche Massnahmen besonders sorgfältig in das Orts- und Landschaftsbild einzufügen und mit den inventarisierten Objekten abzustimmen.

1. Abstimmung mit der Denkmalpflege und Konsolidierung mit dem Kanton

Aufgrund der erschwerten oben erwähnten Rahmenbedingungen mussten zu Beginn des Planungsprozesses verschiedene Projektvarianten für das Garderobengebäude erarbeitet werden. Ziel war es, sowohl den erhöhten städtebaulichen wie ästhetischen Anforderungen gerecht zu werden. Ein freistehender Baukörper wurde aus städtebaulicher Sicht bevorzugt, da ein Anbau an die bestehende Sporthalle aus betrieblichen und gestalterischen Gründen als ungünstig beurteilt wurde. Containerbauten wurden klar abgelehnt. Die Prüfung eines zweigeschossigen Volumens führte aufgrund formeller und planerischer Vorgaben zu einer Ablehnung, womit eine kompakte, eingeschossige Lösung weiterverfolgt wurde.

Im Juli 2017 fand eine Plenumssitzung mit Vertretern des Kantons Bern (AGG, ERZ, Denkmalpflege), der Gemeinde Köniz (BSS, IMMO, Direktionsvorsteher DSL) sowie den beauftragten Planern statt. Im Rahmen dieses Treffens wurden die erarbeiteten Projektvarianten vorgestellt und eingehend geprüft. Das heute vorliegende Bauprojekt wurde einstimmig zur Weiterbearbeitung empfohlen. In der Folge wurde es als Grundlage für die notwendige Anpassung des Zonenplans ausgearbeitet.

Im Rahmen des Projektneustarts im vergangenen Jahr wurden in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG), welches die Eigentümerinteressen der Parzelle Nr. 9160 vertritt, die aktuellen Grundlagen für die Koordination zwischen der Gemeinde Köniz und dem Kanton Bern in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe festgelegt. Ein zentraler Bestandteil dieser Koordination war auch die erneute Abstimmung mit der kantonalen Denkmalpflege. Das vorliegende Bauprojekt sowie die geplanten Anpassungen in der Umgebung – inklusiv Variante Kunstrasen- wurden mit dem zuständigen Denkmalpfleger besprochen und gelten im Rahmen des Baugesuchsverfahrens als bewilligungsfähig.

Die Verhandlungen mit dem Kanton haben überdurchschnittlich viel Zeit in Anspruch genommen und damit eine frühere Realisierung des Projekts verzögert. Ein wesentlicher Grund dafür war der personelle Wechsel auf kantonalen Seite: In allen relevanten Funktionen mussten neue Ansprechpersonen zunächst in das Projekt eingeführt und von dessen Zielen überzeugt werden. Hinzu kamen komplexe Rahmenbedingungen – etwa zum Baurechtsvertrag, zur Kunstrasen-Variante, zur Entwässerungsproblematik sowie zu den Energieanforderungen. Diese konnten nur schrittweise und in mehreren Einzelstapen geklärt werden, um die Voraussetzungen für ein bewilligungsfähiges Projekt zu schaffen.

Baurechtsvertrag / Sanierung Schulanlage Lerbermatt

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) wurden verschiedene Varianten eines möglichen Baurechts vertieft geprüft und evaluiert.

Die Gemeinde Köniz bedauert, dass die aus ihrer Sicht sinnvollste Lösung nicht realisiert werden konnte. Ziel war es, das bestehende Baurecht der Gemeinde mit einem neuen Baurecht für das Garderobengebäude und das Rasenfeld zu tauschen. Nach eingehender Prüfung hat der Kanton diesen Vorschlag abgelehnt. Aus Sicht der Gemeinde hätte dieser Tausch eine zweckmässige, langfristige Lösung für alle Beteiligten ermöglicht.

Als Hauptgrund für die Ablehnung wurde die bevorstehende Gesamtsanierung der Schulanlage Lerbermatt genannt, die voraussichtlich ab dem Jahr 2030 oder spätestens ab 2035 erfolgen soll. Ein zentrales Anliegen dieser Sanierung stellt die Lösung der Abwasserproblematik auf dem gesamten Areal dar. Es ist mit behördlichen Auflagen zur Versickerung des Meteorwassers zu rechnen, wobei das bestehende

Rasenfeld möglicherweise als Standort für eine Retentions- bzw. Sickeranlage in Betracht gezogen wird.

Für den Perimeter des Neubaus konnte ein Baurechtsvertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren abgeschlossen werden. Inbegriffen ist das Nutzungsrecht sowohl für das Haupt- als auch für das Trainingsrasenfeld. Zudem erhält die Gemeinde Köniz ein Optionsrecht zur Verlängerung des Vertrags um weitere fünf Jahre.

Alternative Standorte

Das eine tun und das andere nicht lassen. Angesichts des anhaltenden Bevölkerungswachstums in der Gemeinde Köniz ist es langfristig notwendig, zusätzliche Sportanlagen zu realisieren. Der Standort Lerbermatt bietet dabei eine kurzfristig umsetzbare Möglichkeit, um zeitnah eine deutliche Verbesserung der Infrastruktur für den FC Wabern zu erreichen. Während weitere potenzielle Standorte für künftige Sportanlagen im Raum Wabern bereits heute diskutiert werden, ist deren Realisierung frühestens in einem Zeithorizont von zehn Jahren zu erwarten. Gründe dafür sind unter anderem die Lage in der Landwirtschaftszone, fehlender Gemeindebesitz oder bestehende Interessenkonflikte. Vor diesem Hintergrund ist die Umsetzung des Projekts in der Lerbermatt als dringliche und pragmatische Lösung zu betrachten.

Projektstand heute

Die Anpassung des Bauprojekts an die aktuellen Energie- und Bauvorschriften sind abgeschlossen. Die Baukosten dazu wurden neu ermittelt.

Die Änderung der baurechtlichen Grundordnung betreffend ZöN Gymnasium und Seminar Lerbermatt ist durch das AGR genehmigt und in Kraft.

Die Ausnahmegewilligung (ANF) für den Eingriff in die Hecke an der Kirchstrasse (Standort Neubau Garderobengebäude) ist unter Auflagen der Baubewilligung genehmigt und in Kraft.

Im aktuellen Investitionsplan sind die Kosten für die Umsetzung des Projektes in den Jahren 2026 und 2027 eingestellt.

Der Baurechtsvertrag mit dem Kanton liegt vor.

Das Projekt ist mit dem Kanton Bern (Denkmalpflege, AGG, Gymnasium) konsolidiert und bewilligungsfähig.

Absicht

Das vorliegende Bauprojekt umfasst die beiden Teilprojekte «Neubau Garderobengebäude / Vereinslokal» sowie die «Erweiterung Rasenfeld». Die Erweiterung des Rasenspielfelds erfolgt in räumlicher Abstimmung mit dem Standort des neuen Garderobengebäudes, wodurch eine betrieblich sinnvolle, kompakte und funktional abgestimmte Fussballanlage entsteht.

Neubau Garderobengebäude / Vereinslokal

Das Raumprogramm für das neue Garderobengebäude richtet sich nach der Grösse der Fussballanlage sowie an den spezifischen Nutzungsanforderungen. Grundlage bildet die aktuelle Richtlinie des Schweizerischen Fussballverbands (SFV) zur Erstellung von Fussballinfrastrukturen.

Das Garderobengebäude ist so konzipiert, dass es im Spielbetrieb redundant funktioniert: Während zwei Mannschaften ein Spiel austragen, bereiten sich zwei weitere gleichzeitig auf ihr Spiel vor. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit von vier Garderoben mit zugehörigen Duschanlagen. Die Einhaltung dieser Anforderung ermöglicht zudem eine funktionale Entflechtung der Garderobennutzung zwischen der Sporthalle beim Gymnasium und dem FC Wabern und schafft so klarere betriebliche Zuständigkeiten für den Grossteil der Anlässe.

Weiter gewährleistet diese Kapazität auch im Trainingsbetrieb die notwendige Flexibilität, insbesondere im Hinblick auf die gleichzeitige Nutzung durch Damen- und Herrenteams sowie Kinder- und Erwachsenengruppen.

Im Neubau wird ein festes Vereinslokal anstelle des derzeitigen Containers realisiert. Dadurch entsteht nicht nur eine funktionale und würdige Infrastruktur für den Verein, sondern auch eine bauliche Massnahme, um die Lärmemissionen für die Anwohnerschaft zu reduzieren.

Erweiterung Rasenspielfeld und Ausstattung

Das bestehende Rasenfeld soll gemäss den geltenden Vorschriften und Richtlinien des Schweizerischen Fussballverbands (SFV) an die Anforderungen der Spielklasse 2. Liga interregional angepasst werden. Vorgesehen sind Nettoabmessungen von 100 x 64 Metern, ergänzt durch umlaufende Sicherheitsräume von jeweils 3 Metern. Die baulichen Anpassungen orientieren sich nach den Abklärungen und den Empfehlungen des SFV. Ziel ist die offizielle Homologierung des Spielfeldes durch den SFV nach Abschluss der Bauarbeiten. Dadurch wird sichergestellt, dass der Standort zukunftsorientiert den Anforderungen der 2. Liga interregional im Männerfussball sowie der 1. Liga im Frauenfussball gerecht wird.

Zur Ausstattung des erweiterten Spielfeldes gehören die erforderlichen Ballfanganlagen, eine Sportplatzbeleuchtung sowie eine fest installierte Rasenbewässerung.

Aufgrund der noch bestehenden Unklarheiten im Zusammenhang mit künftigen Anforderungen an die Sauberwasserentsorgung im Rahmen der geplanten Gesamtsanierung der Schulanlage Lerbermatt, soll zum jetzigen Zeitpunkt auf kostenintensive Sanierungen oder einen Umbau in Kunstrasen verzichtet werden.

Nach Abschluss der Sanierung der Schulanlage erscheint eine Investition in das Rasenfeld aus technischer, betrieblicher und finanzieller Sicht sinnvoll.

Projekt

Neubau Garderobengebäude / Vereinslokal

Der Standort des geplanten Neubaus befindet sich an der nordöstlichen Parzellengrenze und wahrt den minimal zulässigen Strassenabstand zur Kirchstrasse. Der pavillonartige Bau ist als eingeschossiger, langgezogener Baukörper konzipiert und öffnet sich zum Spielfeld hin.

Die Erschliessung der Räume erfolgt über einen aussenliegenden, überdachten Korridor. Diese bauliche Lösung erlaubt eine effiziente Nutzung der Innenräume und berücksichtigt die begrenzten Platzverhältnisse auf dem Grundstück. Die bestehende Baum- und Strauchhecke im Baufeld muss gerodet werden, wird jedoch durch eine ökologische Kompensation auf derselben Parzelle ersetzt (Bewilligung ANF).

Das Raumprogramm beinhaltet vier Garderoben- und Duschenanlagen, eine Schiedsrichtergarderobe kombiniert mit dem Sanitätsraum, die entsprechenden WC-Anlagen und Nebenräume (Materialraum, Technik). Zusätzlich wird ein minimales Vereinslokal auf der Westseite des Gebäudes verankert. Das vorliegende Bauprojekt wird vom FC Wabern vollumfänglich unterstützt.

1. Energiestandard / Technik / Procap

Das Garderobengebäude wird gemäss den gemeindeeigenen Zielsetzungen im Bereich Energieeffizienz und Bauökologie nach dem Standard Minergie-A Eco erstellt. Damit erfüllt es hohe Anforderungen an die energetische Qualität, den Einsatz ökologischer Materialien sowie an einen nachhaltigen Betrieb. Ergänzend dazu ist das Gebäude barrierefrei konzipiert und gewährleistet somit einen hindernisfreien Zugang für alle Nutzerinnen und Nutzer. Die konkreten Anforderungen ergeben sich aus den geltenden gemeindlichen Weisungen und Zielvorgaben.

Der vom Parlament gewünschte Minimalstandard im Vergleich zu Minergie A Eco ist in der Beilage ersichtlich.

Erweiterung Rasenspielfeld und Ausstattung

Das Rasenspielfeld soll auf eine Netto-Spielfläche von 100 x 64 Metern vergrössert werden. Mit umlaufenden Sicherheitsräumen von je drei Metern wird die Anlage den Vorgaben des SFV gerecht. Diese Dimensionierung erlaubt künftig auch Querspiele im 9er-Format, was insbesondere für den Juniorenbetrieb eine wichtige Voraussetzung darstellt. Gleichzeitig wird die bestehende Flutlichtanlage durch eine moderne, energieeffiziente LED-Beleuchtung ersetzt, welche den heutigen Standards in Bezug auf Lichtqualität und Stromverbrauch entspricht. Zur Erhöhung der Sicherheit und zur Einhaltung der Normen werden alle notwendigen Ballfanganlagen erstellt. Ergänzend wird für das intensiv genutzte Naturrasenfeld eine fest installierte, automatisierte Versenckregneranlage eingebaut, welche eine gleichmässige Bewässerung sicherstellt, den Wasserverbrauch reduziert und zur Erhaltung der Rasenqualität beiträgt. Der bestehende Naturrasen wird im Rahmen einer intensiven Regeneration instandgesetzt. Diese Massnahme sichert den aktuellen Spielbetrieb und ermöglicht eine spätere umfassende Sanierung.

1. Option Neubau Kunstrasen

Das Parlament hat den Gemeinderat beauftragt, die Option Kunstrasen zu prüfen und mit dem Naturrasen zu vergleichen.

Ein Umbau in ein Kunstrasenfeld wäre mit erheblichen Mehrkosten von ca. CHF 1,6 Millionen verbunden. Zudem bestehen derzeit Unsicherheiten bei der Entwässerung: Die ursprünglich vorgesehene Versickerungslösung wurde sistiert, da in einer Untersuchung des AWA Schadstoffe im Abwasser von Kunstrasenfeldern festgestellt wurden. Aktuell kann daher keine verlässliche Planung erfolgen. Als Alternative müsste das Abwasser in die Kanalisation eingeleitet werden, was mit einer einmaligen Anschlussgebühr von CHF 296'000 verbunden wäre.

Aus betrieblich-funktionaler Sicht würde ein Kunstrasenfeld jedoch eine deutliche Verbesserung der Nutzung ermöglichen – insbesondere im Winter und bei nasser Witterung, da der Aussenbetrieb aufrechterhalten werden könnte. Das würde eine spürbare Entlastung der Sporthallen bedeuten.

Damit ein quartierverträglicher Betrieb eines Kunstrasenfeldes gewährleistet werden könnte müsste zusätzlich ein Lärmgutachten erstellt werden.

Für das Gymnasium hätte ein Kunstrasenfeld keinen unmittelbaren Mehrwert. Zwar zeigten sich einzelne Lehrpersonen nach einer Begehung der Sportanlage Ried grundsätzlich offen gegenüber einem Kunstrasen, jedoch würde sich der Kanton aktuell nicht an den Mehrkosten beteiligen. Eine Mitfinanzierung wäre nur dann denkbar, wenn die am 5. März im Grossen Rat beschlossene Motion „Mehr Kunstrasen in den Sportstätten des Kantons Bern“ (Geschäfts-Nr.2024.RRGR.300) konkrete Auswirkungen auf die Finanzierungsmöglichkeiten hätte. Entsprechende Gespräche mit den kantonalen Verantwortlichen sind terminiert.

2. Mobiler Kunstrasen auf dem Allwetterplatz des Gymnasiums

Im Rahmen des Projekts Women Euro 2025 steht die BSS in Kontakt mit dem Kanton Bern (Kompetenzzentrum Sport), der interessierten Gemeinden mobile Kunstrasenflächen zur Verfügung stellt.

Zur punktuellen Entlastung der bestehenden Fussballinfrastruktur soll auf dem Allwetterplatz der Schule Lerbermatt während der Wintermonate (Oktober bis März) ein mobiles Kunstrasenfeld installiert werden. Für den Kinder- und Juniorenbereich stellt dies eine pragmatische Zwischenlösung dar, die Training und Spielbetrieb auch in der kalten Jahreszeit ermöglicht. Mit dem Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) sowie der Schulleitung Lerbermatt wurden bereits Gespräche geführt – beide Parteien haben dem Vorschlag zugestimmt.

Die Investitionskosten für das mobile Kunstrasenfeld belaufen sich auf rund CHF 80'000. Ein erstes Feld dieser Art wurde der Gemeinde bereits zugesprochen und wird in Niederscherli zum Einsatz kommen.

Finanzen

Kostenvoranschlag nach SIA +/- 10 % inkl. MwSt.; Baupreisindex Hochbau, Espace Mittelland, Stand Oktober 2024, 114.7 Punkte

Neubau Garderobengebäude und Erweiterung Rasenfeld inkl. Ausstattung

Neubau Garderobengebäude / Vereinslokal

BKP 1	Vorbereitungsarbeiten (Werkleitungen)	CHF	300'000
BKP 2	Gebäude inkl. Honorare	CHF	2'770'000
BKP 5	Baunebenkosten / Reserve	CHF	235'000
BKP 9	Ausstattung	CHF	10'000
Total		CHF	3'315'000

Anpassung Geometrie Rasenspielfeld und Ausstattung

BKP 4	Umgebung inkl. Honorare	CHF	620'000
BKP 9	Ausstattung	CHF	220'000
Total		CHF	840'000
Gesamttotal		CHF	4'155'000

Bereits bewilligte Kredite aus den Jahren 2017 und 2024 sind total CHF 310'000.
Anlagengesamtkosten CHF 4'465'000 damit in der Kompetenz des Parlaments.

Optionen

(Option Kunstrasen CHF 2.4 Mio; plus Gebühren CHF 296'000; Gesamttotal CHF 6'011'000)

(Option Sanierung Naturrasen CHF 1.6 Mio; Gesamttotal CHF 4'915'000)

Dazu kommen bei beiden Optionen die CHF 310'000 bewilligte Kredite; somit beide Optionen im Volksentscheid.

Investitionsplanung

Im überarbeiteten Investitionsplan sind für das Jahr 2026 3 Mio. und für das Jahr 2027 2 Mio. eingestellt.

Kostenbeiträge

Es werden die folgenden Beitragsgesuche eingereicht:

- Kantonaler Lotteriefonds für das Gebäude und das Rasenfeld inkl. Ausstattung
- Sportplatzbeleuchtung in LED beim SFV
- Neue PV-Anlage beim Bund
- Spezialfinanzierung Klimaschutz für Minergie A

Der FC Wabern beteiligt sich für den Ausbau des Vereinslokals mit CHF 20'000.

Termine

Für den Bauausführungsstart ist die Verfügbarkeit des Rasenfeldes der entscheidende Faktor. Aus betrieblicher Sicht (Schul- und Fussballbetrieb) ist ein Baustart im Herbst klar zu bevorzugen, da zu diesem Zeitpunkt die Nutzung des Rasens witterungsbedingt abnimmt und die Eingriffe den laufenden Betrieb am wenigsten beeinträchtigen.

- | | |
|---------------------------|---|
| • Genehmigung Kredit | August 2025 |
| • Baugesuchsverfahren | ab Oktober 2025 (6 bis 9 Monate ohne Einsprachen) |
| • Ausführungsplanung | September 2025 bis Januar 2026 |
| • Submissionspaket 1 | Februar 2026 |
| • Vergabe Unternehmer | Mai 2026 |
| • Submissionspaket 2 | April 2026 |
| • Vergabe Unternehmer | Juli 2026 |
| • Ausführungsvorbereitung | bis Herbst 2026 |
| • Bauausführung | Herbst 2026 bis Frühling 2027 |

Folgen bei Ablehnung des Geschäfts

Wird das vorliegende Projekt abgelehnt, kann die sozial bedeutende Erweiterung der Infrastruktur zugunsten der Fussballerinnen und Fussballer nicht realisiert werden. Die bestehenden Engpässe bei der Garderobenbelegung in der Sporthalle der Schule bleiben unverändert bestehen und könnten künftig noch verschärft werden. Die Möglichkeit, den Bedürfnissen des stark gewachsenen Vereinsbetriebs und insbesondere der Fussballjugend gerecht zu werden, bleibt ungenutzt. Zudem verfügt die Gemeinde Köniz weiterhin über zu wenige ligataugliche Fussballfelder mit den erforderlichen Abmessungen von 100 x 64 Metern. Der Standort Lerbermatt bietet derzeit die einzige kurzfristig realisierbare Option zur Verbesserung der Sportinfrastruktur im Ortsteil Wabern. Eine Ablehnung verzögert dringend notwendige Verbesserungen auf unbestimmte Zeit, da alternative Standorte aufgrund planerischer, eigentumsrechtlicher oder zonenrechtlicher Hürden frühestens in zehn Jahren zur Verfügung stehen könnten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Ausführungskredit für das Geschäft Wabern; Lerbermatt; Erweiterung Rasenfeld und Infrastruktur von CHF 4'155'000 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 3750.5040 2526, Wabern; Lerbermatt; Erweiterung Rasenfeld und Infrastruktur wird bewilligt.
2. Zusätzlich zum Ausführungskredit wird die Anschaffung eines mobilen Kunstrasens für die Nutzung während der Wintermonate auf dem Allwetterplatz des Gymnasiums Lerbermatt von CHF 80'000 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 3750.5040 2526, Wabern; Lerbermatt; Erweiterung Rasenfeld und Infrastruktur bewilligt.

Ziffern 1 und 2 des Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

3. Das Parlament nimmt zur Kenntnis, dass der Gemeinderat beabsichtigt, die Option Realisierung eines Kunstrasenfelds weiterzubearbeiten und dem Parlament zu einem späteren Zeitpunkt zum Beschluss vorzulegen.

Köniz, 30.06.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Pläne Neubau Garderobengebäude / Vereinslokal
Plan Massnahmen Umgebung / Fussballrasenfeld
- 2) Mehrkosten Minergie A
- 3) Folgekostenformular

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Damit kommen wir zu Traktandum 4: «Wabern, Lerbermatt, Erweiterung Fussballfeld und Infrastruktur». Das ist ein Kreditgeschäft der Direktion Sicherheit und Liegenschaften sowie der Direktion Bildung und Soziales, wobei beide Direktionen heute von der gleichen Person vertreten werden. Die Sitzungsakten bilden der Bericht und der Antrag des Gemeinderates.

Das Vorgehen ist wie folgt vorgesehen: Zuerst hat die GPK-Referentin das Wort, dann folgen die Fraktionsvoten, dann die Einzelvoten, der Gemeinderat und danach die Abstimmung.

GPK-Referentin Isabelle Steiner, SP Frauen: Ich habe als Stellvertreterin von Kathrin Gilgen dieses Geschäft geprüft und halte deshalb hier auch das Votum für die GPK.

Die Gemeinde Köniz leidet unter einem deutlichen Mangel an normgerechten Fussballfeldern. Es fehlen aktuell mindestens vier Rasenplätze, welche der Richtlinie des Schweizerischen Fussballverbands entsprechen. Besonders im Raum Wabern ist der Handlungsbedarf gross. Der FC Wabern, der mit 24

Teams und über 600 aktiven Mitgliedern, darunter rund 400 Kinder und Jugendliche, am Meisterschaftsbetrieb teilnimmt, nutzt das Gelände des Gymnasiums Lerbermatt als zentrale Heimspielstätte. Dort fehlen aber genügend grosse Sicherheitsräume und ein Ballfang, was zu einem Sicherheitsrisiko für Spieler:innen und Zuschauende führt. Auch die Beleuchtung ist veraltet und die Bewässerung über eine mobile Anlage erfüllt die Anforderungen nicht. Schliesslich mangelt es an Garderobenduschen, sanitären Anlagen und an einer Erste-Hilfe-Station.

Die Gemeinde ist aufgrund eines Auftrags aus dem Parlament seit 2016 daran, hier gemeinsam mit dem Kanton, dem Gymnasium und dem FC Wabern eine bessere Lösung zu suchen. Das Projekt ist aber mehrfach und aus verschiedenen Gründen verzögert worden: Durch die erforderlichen Anpassungen der Zonenplanung, durch einen Budget- und Planungsstopp, durch personelle Wechsel beim Kanton und aufgrund komplexer Rahmenbedingungen. 2024 hat das Parlament den Auftrag erteilt, das bestehende Bauprojekt zu überarbeiten, zusätzlich die Realisierung eines Kunstrasens zu prüfen und eine Variante mit minimalem Ausbaustandard vorzulegen.

Das jetzt vorliegende Bauvorhaben umfasst den Neubau eines Garderobegebäudes mit Vereinslokal und die Erweiterung des bestehenden Rasenspielfeldes. Das Garderobegebäude wird vier Garderoben mit Duschen, kombinierte Schiedsrichter- und Sanitätsräume und Materialräume enthalten. Es wird barrierefrei und nach dem Minergie-A-ECO Standard erstellt. Das neue Vereinslokal ersetzt den bisherigen Container und soll eine funktionale und würdige Infrastruktur schaffen, die gleichzeitig Lärmemissionen in der Umgebung reduziert.

Das Rasenspielfeld wird auf die Normgrösse von 100 x 64 Meter erweitert und mit umlaufenden Sicherheitsräumen und mit den notwendigen Ballfanganlagen ausgestattet. Eine moderne LED-Flutlichtanlage wird installiert und die Bewässerung erfolgt künftig automatisch. Damit wird das Spielfeld künftig auch tauglich für die Zweitliga Interregional bei den Herren und Erstliga bei den Frauen.

Die Variante Kunstrasen wurde geprüft: Ein Umbau zu Kunstrasen würde die Kapazität erhöhen, insbesondere im Winter und bei nasser Witterung. Allerdings bestehen im Moment technische Unsicherheiten, vor allem im Bereich Abwasser und es würden Mehrkosten von ca. CHF 1,6 Mio. entstehen. Als Zwischenlösung soll während der Wintermonate ein mobiler Kunstrasen auf dem Allwetterplatz des Gymnasiums installiert werden. Diese Fläche erlaubt Training und Spielbetrieb auch bei schlechter Witterung. Inzwischen hat der Kanton auch kommuniziert, dass dieser kostenlos an die Gemeinde übergeben wird.

Die Gesamtkosten des Projekts betragen CHF 4,155 Mio., zuzüglich der bereits früher bewilligten CHF 310'000.

Die Finanzierung erfolgt über die Gemeinde, unterstützt durch Beiträge aus dem kantonalen Lotteriefonds, des Schweizerischen Fussballverbands, dem Bund für die Photovoltaikanlage und der Spezialfinanzierung Klimaschutz. Der FC Wabern, beteiligt sich mit CHF 20'000.

Die GPK hat sich mit verschiedenen Aspekten dieses Geschäfts vertieft befasst: Ein wichtiger Punkt ist der Bezug zwischen dem Mangel an Fussballfeldern im Raum Wabern und dem vorliegenden Projekt. Hier ist festzuhalten, dass sich der Mangel durch den Ausbau des Platzes in der Lerbermatt nicht entschärfen wird. Zwar können die Spiele dank der neuen Garderobe etwas dichter programmiert werden und es sind Spiele in höheren Ligen möglich, die Kapazität wird aber unter dem Strich nicht erweitert. Die Suche nach zusätzlichen Rasensportfeldern verliert deshalb durch dieses Geschäft nicht an Dringlichkeit. In diesem Zusammenhang haben wir auch die Variante Kunstrasen vertieft diskutiert: Diese Variante hat eindeutige Vorteile und wäre an sich die Wunschlösung, sowohl für die Gemeinde als auch für den FC Wabern.

Das Resultat aus den Verhandlungen mit dem Kanton bietet zum jetzigen Zeitpunkt aber beträchtliche Unsicherheiten. Das betrifft hauptsächlich die geplante Sanierung der Schulanlage bei welcher noch nicht abschliessend gesagt werden kann, ob und wie der Fussballplatz beansprucht wird. Die anstehende Sanierung ist auch der Grund für die relativ kurze Laufzeit des Baurechtsvertrags von 20 Jahren. Schliesslich haben wir auch über die Kosten dieses Geschäfts diskutiert: Die Kosten für die Garderobe sind mit CHF 1,2 Mio. rund dreimal höher als noch 2016 vorgesehen. Der Gemeinderat konnte dies damit begründen, dass vor allem die damaligen Prognosen zu tief waren und Preissteigerungen und neue Vorschriften zu einem höheren Preis geführt haben. Insgesamt liegt der Quadratmeterpreis in einem vergleichbaren Rahmen wie bei anderen Projekten dieser Art. So ist uns dies dargelegt worden. Inwiefern andere Vereine das Clubhaus nutzen können, wird in einem Betriebskonzept geregelt. Vermietungen an andere Vereine sind denkbar und müssen vom FC Wabern abgewickelt werden. Das Betriebskonzept liegt aber noch nicht vor und auch die entsprechende Regelung nicht.

Mit dem vorliegenden Projekt kann die bestehende Infrastruktur des Fussballplatzes modernisiert und ausgebaut und das Container-Provisorium durch eine dauerhafte Lösung ersetzt werden. Wird das Projekt abgelehnt, bleiben die bestehenden Engpässe und Problemstellungen bestehen.

Die unklaren Pläne des Kantons bezüglich der Schulanlage Lerbermatt führen zu einer gewissen Unsicherheit, was die längerfristige Zukunft der Sportinfrastruktur angeht. Der Gemeinderat hat aber plausibel dargelegt, dass es im Rahmen der Verhandlungen mit dem Kanton zum aktuellen Zeitpunkt keine Möglichkeit gibt, die Planungssicherheit zu erhöhen.

Dann zu den Beschlüssen der GPK:

- Die GPK stellt einstimmig fest, dass alle notwendigen Informationen und Dokumente für den Entscheid vorliegen.
- Dem Ausführungskredit für das Hauptgeschäft, Ziffer 1 des Geschäfts, stimmt eine Mehrheit von 4 Mitgliedern zu. 1 Mitglied hat dagegen gestimmt und 2 Mitglieder haben sich enthalten.
- Dem in Ziffer 2 beantragte Zusatzkredit für den Mobilkunstrasen hat die GPK einstimmig zugestimmt.
- Die Abklärungen zur langfristigen Option Kunstrasen, also Ziffer 3, nehmen 6 Mitglieder zustimmend zur Kenntnis, eine Person hat teilweise zugestimmt.
- Ausserdem hat die GPK beantragt, dass die Vereinslokale auch anderen Vereinen zugänglich gemacht werden sollen und die Gleichbehandlung bei den Miet- und Betriebskosten sichergestellt werden muss. Vom Gemeindeschreiber wurden wir aber via Parlamentsbüro informiert, dass solche Anträge im Rahmen von Kreditgeschäften nicht gemacht werden können, die beiden Anträge sind also ungültig.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Wir freuen uns, dass heute viele Gäste anwesend sind. Trotzdem muss ich euch bitten, eure Flagge im Parlament einzuholen.

Frage an den Gemeinderat, gibt es neue Erkenntnisse oder Ergänzungen zum schriftlichen Bericht? Das ist nicht der Fall. Wird das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Das sieht auch nicht so aus. Gibt es Voten aus den Fraktionen?

Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Katja Streiff, EVP: Wer einmal in Wabern auf dem Platz gestanden ist, der weiss, dass hier ist kein Luxus, das ist eher Mangelverwaltung. Kaum Garderoben, zu wenig Duschen, kaum Lagerfläche für Trainingsmaterial, eine notdürftige Buvette, die eher ein Provisorium als ein Begegnungsort ist, eine Beleuchtung aus den 80er Jahren und ein Rasenfeld, das weder Sicherheitsanforderungen genügt noch für Spitzenbelastung gerüstet ist. Dieser Mangel betrifft nicht nur den FC Wabern: Auch andere Vereine, viele Junioren, Juniorinnen und Sporttreibende, aber auch Schulen haben teilweise eine ungenügende Sportinfrastruktur in unserer Gemeinde. Dass hier ein Handlungsbedarf besteht, das ist für die EVP-GLP-Mitte-Fraktion klar.

Aber: Wenn wir in der Lerbermatt über CHF 4 Mio. investieren, dann müssen wir das klug machen. Wir müssen sicherstellen, dass diese Investitionen langfristig halten, wirken und sich auch lohnen. Sprich, bei solch hohen Kosten muss der Nutzen gross sein.

Deshalb ein paar offene Punkte, die für uns nicht einfach unter den Tisch gekehrt werden dürfen:

- Die Minimal-Variante: Das Parlament hat sie gefordert, deutlich und klar. Aus unserer Sicht liegt diese nicht vor. Es ist auch im Antrag nicht erwähnt. Ist die Infrastruktur wirklich absolut nötig und ganzjährig ausgelastet? Uns fehlt der Bedarfsnachweis und die Begründung im gemeinderätlichen Antrag.
- Dann die Kapazität: Die Kapazität für den Spielbetrieb wird aktuell nicht erhöht, das ist natürlich sehr bedauerlich.
- Gleichbehandlung: Für uns ist klar, dass Vereine und Dritte in dieser Gemeinde möglichst gleich behandelt werden sollen. Hier stellen wir dem zuständigen Gemeinderat folgende Fragen: Gibt es eine Nutzungsvereinbarung, basierend auf der Verordnung über die Benützung der Schul- und Sportanlagen durch Dritte? Wirft auch das Vereinslokal mit Buvette einen angemessenen Mietertrag ab? Haben andere Vereine der Gemeinde Köniz auch Anrecht auf die Nutzung und wurde das zuvor geklärt? Und werden die Betriebskosten, zum Beispiel für die Reinigung, von den Nutzern mitgetragen? Wir danken für eine kurze Erläuterung.
- Und dann ist da noch der Zeithorizont: Die Nutzung ist für nur 20 Jahre zugesichert und innerhalb der nächsten zehn Jahre wird die Schulanlage Lerbermatt saniert. Das sind erhebliche Risiken. Wir müssen sicher sein, dass das Fussballfeld immer verfügbar bleibt, sonst steht die Infrastruktur einfach am falschen Ort.

Und trotz dem allen sagen wir mehrheitlich «Ja». Vor allem auch im Wissen, dass ein weiterer Aufschub noch teurer kommen würde und wir den Handlungsbedarf wirklich sehen. Aber: Wir sagen «Ja» mit einem klaren Auftrag. Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion reicht heute Abend die Motion unter dem Titel «Wenn schon, denn schon: Für einen vollständigen Ausbau der Fussball-Infrastruktur bei der

Lerbermatt» ein. Unsere Motion fordert: Kunstrasen statt Naturrasen für mehr Nutzungsstunden, wetterunabhängig und auch eine Entlastung für die Hallen. Wir fordern die Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern beim Bau und der Finanzierung des Kunstrasens. Diese Investition darf nicht einfach auf dem Buckel der Gemeinde lasten. Wir wollen ein zusätzliches Liga-Fussballfeld und zusätzliche Trainingsfläche im angrenzenden Morillongut, damit die Kapazität langfristig erhöht werden kann. Und auf diesem Platz im Morillongut, braucht es aber keine zusätzlichen Garderoben oder ein Vereinslokal. Wir nutzen dann, was wir haben und diese kurze Wegdistanz, das ist zumutbar. Und das Vereinslokal mit Buvette soll für alle Könizer Vereine nutzbar sein, wobei natürlich der FC Wabern als Hauptnutzerin Vorrang hat. So lösen wir nicht nur den Engpass in Wabern, sondern schaffen auch die Basis für eine zukunfts-fähige Sportinfrastruktur und nehmen den Kanton in seine Pflicht.

Wir investieren heute in die Qualität und wir sorgen mit der Motion dafür, dass wir auch in die Kapazitätserweiterung und in die Nachhaltigkeit investieren. Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion wird dem Kredit mehrheitlich zustimmen. Und mit der heute eingereichten Motion den Bau in Richtung Zukunft spielen.

Fraktionssprecherin FDP, Heidi Eberhard, FDP: Vielen Dank an die Direktionen Sicherheit und Liegenschaften und Bildung und Soziales für die Arbeit im Zusammenhang mit dem Geschäft. Auch für die Ausführungen der GPK und die Prüfung, herzlichen Dank, da haben wir auch viel erfahren.

Es schleckt keine Geiss weg, in der Gemeinde Köniz mangelt es an ligatauglichen Fussballfeldern, eben auch in Wabern, was sich bereits 2016 unter anderem mit dem überparteilichen Vorstoss «Für die Verbesserung der Fussballinfrastruktur im Raum Wabern» niedergeschlagen hat. Nicht nur für den FC Wabern hat das damals sicherlich Hoffnung auf absehbare Besserung der Situation bedeutet. Jetzt: Dem war nicht so. Das war eher der Beginn einer schier unendlichen Geschichte, die vor mehr als neun Jahren begonnen hat und uns jetzt zum vorliegenden Antrag des Gemeinderates führt.

Welche Hürden bis zum Antrag des Gemeinderates genommen werden mussten, ist unter 1.1 der Unterlagen «Politischer Vorstoss und Folgen» aufgeführt: Machbarkeitsstudien, Anpassung der Zonenplanung ZöN Lerbermatt, Einholen des Einverständnisses des AGR im Jahr 2022 und so weiter. Im Jahr 2024 wurde der Planungskredit zur Überarbeitung des Bauprojekts aus dem Jahr 2018 endlich beschlossen, inklusive der verlangten Abklärung, ob allenfalls eine Kunstrasen anstelle des überstrapazierten Naturrasens realisiert werden kann.

Nicht nur der FC Wabern musste sich lange gedulden. Jetzt liegt der Antrag vor: Die Infrastruktur wird ausgebaut, doch damit wird der Fussballclub Wabern leider keine einzige Minute mehr Spielzeit erhalten und das ist stossend. Das war für die FDP. Die Liberalen auch Stein des Anstosses während der Diskussion in der Fraktion. Es kam gar eine Rückweisung mit Auftrag zur Prüfung von modularen Bauten etc. zur Sprache.

Stossend sind für uns auch die enormen Investitionen der Gemeinde Köniz für das ligataugliche Fussballfeld und die neue Garderobe mit der terminierten Bauausführung von Herbst 2026 bis Frühling 2027. So können nach der Umsetzung Fussballfeld und Garderoben allenfalls nur wenige Jahre genutzt werden, da wie bereits erwähnt, 2030, spätestens 2035, die Gesamtanierung der Schulanlage geplant ist. Es soll dann auch, wie in Punkt 2.2 der Unterlagen ausgeführt, zum jetzigen Zeitpunkt auf die Erweiterung der Rasenspielfeldausstattung und auf kostenintensive Sanierung oder Umbau in Kunstrasen verzichtet werden. Dieser Verzicht macht unseres Erachtens durchaus Sinn.

Fazit: Wir sind von der Rückweisung abgekommen. Das ligataugliche Fussballfeld und die zeitgemässe Garderobe werden jetzt dringend benötigt. Ich hoffe, es gibt dann auch einen Schlüssel für einen Materialraum. Dank dem Projekt «Women-Euro 2025» kommt jetzt die Schulanlage in den Genuss einer mobilen Kunstrasenfläche auf dem Allwetterplatz, welcher während der Wintermonate - Oktober bis März - auch vom FC Wabern genutzt werden kann.

Die FDP. Die Liberalen unterstützt daher einstimmig die Anträge 1 und 2 des Gemeinderates. Wir nehmen Punkt 3 ebenfalls zustimmend zur Kenntnis, dass der Gemeinderat beabsichtigt, die Option der Realisierung eines Kunstrasenfeldes weiterzubearbeiten. Für uns ist das aber definitiv zu einem späteren Zeitpunkt, was vorausschauendes Planen jedoch nicht ausschliesst. Vorausschauend beinhaltet für uns auch zu klären, ob sich andere Standorte allenfalls besser für ein Kunstrasenfeld eignen, welche von den Könizer Vereinen, unter anderem dem FC Wabern, genutzt werden können. Bei der Schulanlage Lerbermatt wäre dieses kostbare, von Köniz finanzierte, Kunstrasenfeld wiederum nur der ausser-schulischen Nutzung unterworfen.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Christina Aebischer, Grüne: Die Unterstützung dieses Vorhabens zur Verbesserung der Fussballinfrastruktur auf der Lerbermatt hat bei den Grünen 2016 mit dem Initiieren dieser parteiübergreifenden Motion ihren Anfang genommen und die Unterstützung ist

heute noch da. Die Grüne/Junge Grüne-Fraktion wird deshalb das vorliegende Projekt einstimmig unterstützen, auch wenn das Projekt nicht perfekt ist und nicht alle Probleme löst.

Wir haben es jetzt schon verschiedentlich gehört und einige haben es auch bei Besuchen vor Ort gesehen, der Bedarf an Verbesserungen ist enorm und das seit Jahrzehnten. Der Fussballclub hat keinen eigenen Schlüssel für seinen Materialraum, der Rasen ist vom Speer- und Diskuswerfen löchrig und es wird gefährlich. Wir haben von den Lampen und von den fehlenden Sturzräumen gehört und wir haben es ja nicht zuletzt vor zehn Jahren auch bereits schon einmal diskutiert.

Jetzt haben wir rund zehn Jahre, nachdem diese Motion initiiert wurde, endlich ein Projekt vorliegen, welches nicht perfekt ist und das hat auch bei uns zu diskutieren gegeben. Der Preis ist hoch, es deckt nicht den ganz aktuellen Nutzungsbedarf der Trainings- und Spielzeiten. Die formale Limitierung auf diese vorläufig 20 Jahre im Baurechtsvertrag mit dem Kanton ist ein kleines Damoklesschwert. Ein Kunstrasen wäre besser, aber würde vor dem Hintergrund von mehr Investitionen etwas weniger zielführend sein.

Aber es ist einfach ein Fakt, dass das Projekt nicht all das erfüllen kann und das hat mit den Rahmenbedingungen dort zu tun. Es ist in Gottes Namen Boden des kantonalen Gymnasiums und dieses hat auch seine Ansprüche. Es gibt im Raum Wabern keine Alternative, wo man in absehbarer Zeit eine neue Anlage machen könnte. Der Boden in Wabern ist teuer und knapp. Es gibt weitere Einschränkungen wegen Denkmalschutz, Umweltschutz, Energievorschriften, barrierefreies Bauen, der Schutz der Anwohner:Innen - all das musste in die Planung einfließen. Und darum sind wir der Meinung: Das Perfekte wäre hier der Gegner des Guten. Wenn man auf ein perfektes Projekt wartet, dann gibt es nie auch nur ansatzweise ein brauchbares Projekt. Und darum sind wir auch klar der Meinung, dem Gemeinderat ist es gelungen, mit dem vorliegenden Projekt das Optimum aus sehr komplexen Rahmenbedingungen herauszuholen.

Und wir sind nicht ganz einverstanden, wenn man sagt, es bringt dem Verein gar nichts an Verbesserungen - es bringt nämlich schon Verbesserungen: Die Nutzungszeiten auf einem sanierten und belastbareren Rasen sind einfach höher als auf einem Rasen, so wie er jetzt ist. Wir werden im Winter eine zusätzliche Kunstrasenfläche haben. Sie haben selbstständigen Zugang zu Garderoben - es gibt also eine Entlastung der Turnhallen-Garderoben und das gibt auch eine Entlastung der Hauswarte. Sie haben selbstständiger Zugang zu eigenem Material - was eigentlich eine Minimalanforderung wäre. Und sie haben einen kleinen Raum, damit man nicht mehr draussen auf dem Rasen die Spielbesprechungen und Planungen und die Vereinsarbeit machen muss und vielleicht auch mal die Vereinsseele ein bisschen baumeln lassen kann. Wir alle hier sind auch ehrenamtlich unterwegs in unseren Parteien, in unseren Vereinen und wir wissen, wie wichtig es ist, dass man auch einfach mal irgendwo im Trockenen zusammen sitzen kann. Denkt daran: Es geht hier um mehr als 500 Kinder, Jugendliche und Erwachsene, welche in diesem Verein aktiv sind. Es hat mehrere Dutzende Leute, die seit Jahren engagiert sind, all diese Aktivitäten anzubieten und auch seit Jahren auf Verbesserung hoffen.

Wir von den Grünen/Jungen Grünen sind der Meinung, dass es diese Investitionen jetzt wirklich braucht und dass es trotz des teuren Preisschildes und trotz dieser Einschränkungen eine Verbesserung bringt und deshalb sinnvoll ist.

Was mich ein bisschen in der bisherigen Diskussion irritiert hat, sind gewisse kritische Punkte, welche wir eigentlich schon vor einem Jahr beim Planungskredit gesehen haben. Da haben wir gesehen, was das für ein Projekt ist und dieses ist, wenn ich mich richtig erinnere, einstimmig durchgekommen. Ich kann das daher nicht ganz einordnen, warum man jetzt mit dem Projekt nicht so ganz zufrieden ist.

Und das Zweite, was ich noch sagen möchte. Das mit der Gleichbehandlung und mit der Nutzung dieses Vereinslokals, da würde ich gerne die Frage, die gestellt wurde, erweitern: Gilt das denn für andere Vereine auch? Kann ich dann mit meiner Yoga-Gruppe auch beim FC Köniz in die Garderoben, die wir für CHF 1,5 Mio. gebaut haben oder wie ist es denn genau mit der Buvette dort? Denn dann müssten wir schon schauen, dass es für alle die gleichen Bedingungen in der Nutzung der von der Gemeinde mitfinanzierten Infrastruktur gibt.

Fraktionssprecher SVP, Reto Zbinden, SVP: Wir sprechen hier über einen Kredit, den wir grundsätzlich unterstützen, denn – wie wir schon viel gehört haben - unsere Jugend und unsere Vereine brauchen bessere Infrastrukturen, bessere Bedingungen. Der Schulplatz in der Lerbermatt ist wirklich überaltert und die Infrastruktur ist mangelhaft. Die Kinder und die Jugendlichen stehen sich beim Training beinahe auf die Füsse, der Spielbetrieb und die Trainingsqualität leiden und der FC Wabern wartet, wie schon gesagt, bereits seit Jahrzehnten auf Abhilfe.

Dieser Verein leistet viel ehrenamtliche Arbeit. Für viele Kinder ist der Verein eine zweite Heimat und sicher auch immer eine Schule fürs Leben. Sport ist sehr, sehr wichtig. Umso mehr schulden wir dem FC Wabern endlich eine zeitgemässe Infrastruktur. Wie gesagt: Die Kosten sind zugegebenermassen

sehr hoch, aber das ist eben auch der Nutzen für die Gesundheit und gerade für den Sozialzusammenhalt der Jugendlichen.

Trotzdem hält sich unsere Euphorie in Grenzen. Das grösste Manko dieses Projekts ist klar: Der Kunstrasen fehlt. Dabei wissen wir alle, Kunstrasen bedeutet längere Nutzungszeiten, weniger Ausfälle, bessere Planung und effizienteren Einsatz von ohnehin schon knappen Sportflächen. Das wäre eigentlich schon ein sehr wichtiges Verbesserungselement gewesen. Wahrscheinlich sogar das Wichtigste.

Und der Grosse Rat hat eine Motion überwiesen - sehr deutlich, erheblich erklärt - und damit wird der Kanton verpflichtet, Kunstrasen zu fördern und insbesondere Gemeinden bei Projekten zu unterstützen. Es ist also nicht nur wünschenswert, sondern politisch beschlossen, die Kunstrasen prioritär zu behandeln. Und diese Motion hat dann erst noch einen Weisungs- und nicht einen Richtliniencharakter, so wie wir sie überwiesen haben. Deshalb hier meine klare Frage an den Gemeinderat: Wer trägt jetzt genau die Verantwortung, dass in diesem Projekt kein Kunstrasen vorgesehen ist? Die Begründung, dass die Realisation des Kunstrasens dann mit der Sanierung des Gymnasiums gekoppelt werden soll, überzeugt nicht. Das wird vermutlich erst etwa 2035 soweit sein und die Nutzungszeit eines Kunstrasens beträgt etwa zehn Jahre - man kann es kurz ausrechnen.

Auf Nachfrage beim Kanton habe ich erfahren, dass die Gemeinde sogar das Gesuch für einen Kunstrasen zurückgezogen habe. Warum? Ich hoffe nicht, aus Angst vor der Bevölkerung. Es ist nämlich so, wenn man den Kunstrasen mit einbezogen hätte, dann hätte man vermutlich eine Volksabstimmung machen müssen. Aber ich persönlich hätte davor überhaupt keine Angst gehabt. Dies hätte die Bevölkerung sicherlich gutgeheissen.

Und darum: Ja, ich bin wirklich ein bisschen konsterniert, dass jetzt hier dieser Kunstrasen fehlt. Ich habe das Gefühl, das wäre durchgekommen und es hätte eine breite Legitimierung gegeben und hätte vielleicht auch bei den angedrohten Einsparungen geholfen – es steht ja eine Referendumsdrohung im Raum. Und darum stimmt die Bevölkerung eventuell noch trotzdem darüber ab und Verzögerungen sind leider auch nicht ausgeschlossen. Darum habe ich das Gefühl, es wäre eine sehr gute Legitimierung gewesen, wenn die Bevölkerung darüber hätte abstimmen können. Vielleicht kann der Gemeinderat auch noch ein paar Worte dazu sagen. Ich glaube, diese wenigen Monate, welche sich das noch verzögert hätte, hätte der FC Wabern nach diesen Jahrzehnten, die er schon wartet, auch noch verschmerzen können.

Ihr merkt, es nervt mich sehr mit dem Kunstrasen, trotzdem werden wir dem Kredit zustimmen. Wir haben jetzt auch noch eine Motion eingegeben, die den Kunstrasen explizit fordert und dass dieser so rasch wie möglich realisiert werden soll. Wir haben uns da auch mit der EVP-GLP-Mitte-Fraktion abgesprochen: Deren Motion geht aber noch ein bisschen weiter und für uns ist einfach der Kunstrasen zentral.

Gut, dann habe ich noch etwas zu den Kosten: Diese sind sehr, sehr hoch und hier haben wir natürlich etwas, was dies verursacht und das ist unser Energiestadt Gold Label und die damit zusammenhängenden Energievorgaben. Diese kosten uns einfach etwas. Aber auch hier kann man sagen: Da sind wir selbst schuld, das haben wir uns selbst auferlegt und darum kann man jetzt hier auch nicht viel machen.

Eben, wie gesagt, wir stimmen dem grossmehrheitlich zu. Und was wir einstimmig unterstützen werden, ist der mobile Kunstrasen, das ist eine super Sache. Das ist nämlich ein Teil des Legacy-Kredits, den der Grosse Rat gesprochen hat, zur nachhaltigen Förderung des Frauen Fussballs. Dies war ein Teil des Kredits für die Frauen Fussball-Europameisterschaft, das war wirklich ein super Anlass und das ist super, wenn wir das so weiterführen können.

Gut, ich komme zum Fazit: Wir stimmen dem grossmehrheitlich zu, aber wir haben ganz klar die Erwartung, dass dieser Kunstrasen jetzt so schnell wie möglich kommen muss.

Bei der Buvette sehen wir auch den Verein in der Verantwortung. Der Platz, da ist klar, das soll die Gemeinde zahlen, aber bei der Buvette ist sicher auch der Verein ein bisschen gefordert, hier mitzuhelfen. Das wird der Gemeinderat sicher mit dieser Nutzungs- oder Leistungsvereinbarung regeln können. Und wir wollen auch Transparenz bei den Mehrkosten: Ich wäre froh, wenn der Gemeinderat noch ausweisen könnte, wie viel hier auf das Energiestadt-Label zurückzuführen ist.

Gut, wir wünschen dem FC Wabern viel Erfolg. Es sieht so aus, als käme es durch. Ich hoffe, dass die Infrastruktur so rasch wie möglich realisiert werden kann, damit ihr nachher ein bisschen besser Fussball spielen könnt.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Géraldine Boesch, SP Frauen: Die FDP-Sprecherin hat es schon erwähnt, das Postulat, welches dies alles initiiert hat, ist beinahe schon zehn Jahre her und damals wie heute ist unbestritten, dass die aktuelle Situation in der Lerbermatt-Fussballanlage absolut unbefriedigend ist. Ebenfalls unbestritten ist, dass es mehr Sportanlagen in Köniz braucht. Und immer noch

unbestritten ist, dass der FC Wabern, einer der grössten Fussballclub der Gemeinde, einen wichtigen Beitrag an Gesundheit, Integration, Gemeinschaftsbildung und an die Förderung des Frauen Fussballs leistet. In den vergangenen zehn Jahren ist der FC Wabern immer weiter gewachsen und die Dringlichkeit, die das Parlament damals bereits attestiert hat, ist heute noch einmal viel drängender. Heute beschliessen wir also endlich über diesen Kredit.

Das Bauprojekt ist schon beinahe sechs Jahre alt, Gründe dafür haben wir von der GPK-Referentin gehört. Die Bau- und Energiekosten sind massiv gestiegen und auch das Gebäude hat andere Anforderungen, neue energetische und anderweitige Anforderungen, erfüllen müssen.

Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt ausdrücklich die Energiestandards der Gemeinden zur Erreichung der Klimaziele, sie fragt aber trotzdem vorsichtig nach, ob es vielleicht eine Ausnahmeregelung für Clublokale, Buvetten, ähnliche Freizeitlokale in vergleichbarer Grösse gibt und ob das denkbar wäre, dass man dort nicht den höchsten Energiestandard erfüllen müsste.

Bezeichnenderweise spricht der FC Wabern nicht von einem Club-Lokal, sondern von einem Club-Heim, denn neben der sportlichen Betätigung auf dem Rasen ist auch das soziale Miteinander für das aktive Vereinsleben enorm wichtig und fördert eben auch die nachhaltige Motivation, sich ehrenamtlich zu engagieren. Ich glaube, das hat die Fraktionssprecherin der Grünen gut hervorgehoben. Der FC Wabern wird das zukünftige Club-Heim betreiben und hier schliessen wir uns den Fragen der EVP-GLP-Mitte-Sprecherin an: Vor dem Hintergrund der Gleichbehandlung würden wir gerne wissen, wie dies aussieht, ob auch andere Vereine das nutzen können und wie da die Gebühren zu entrichten sind. Die Mehrheit der SP/JUSO-Fraktion ist der Ansicht, dass es sich um eine längst überfällige Investition an eine stark genutzte – ja, übernutzte - Infrastruktur handelt. Wir haben es gehört: Die Grösse des Rasens, die Sturzräume, die Lichtmasten, die Bewässerungen etc. entsprechen nicht den Mindestanforderungen und die Garderobensituation ist sehr prekär. Und mit dem Materialraum kommt hoffentlich eben nicht nur ein Schlüssel, sondern auch genug Platz. Für die Mehrheit der SP/JUSO-Fraktion ist also klar, dass man nicht mehr länger zuwarten kann. Für die Mehrheit ist ebenfalls nachvollziehbar, warum das Kreditgeschäft ohne Kunstrasen vorliegt – Gemeinde und Kanton, wir haben es gehört, sind noch in Verhandlungen. Es macht in unseren Augen keinen Sinn, den Rasen jetzt anzugehen, wenn die Sanierung der Schulanlage durch den Kanton noch nicht fixiert ist.

Für eine Minderheit der Fraktion überwiegen die bereits von meinen Vorrednerinnen genannten Contra-Argumente, wie keine Kapazitätserweiterung, kein Kunstrasen, respektive die hohen Folgekosten, die der Kunstrasen mit sich bringt, und die Problematik mit dem Baurechtsvertrag für 20 Jahre.

Die SP/JUSO-Fraktion hat schon 2018 bemängelt, dass man die Anwohnerschaft ein bisschen zu wenig über das Projekt informiert und einbezogen hat. Dort hätten wir uns mehr Partizipationsmöglichkeiten für die Anwohnerschaft gewünscht. Und zum Schluss möchte ich noch einen Satz aus dem Parlamentsantrag aufnehmen: «Das eine tun, das andere nicht lassen».

Die klare Mehrheit der SP/JUSO-Fraktion will dem Kredit zustimmen. Die ganze Fraktion ruft den Gemeinderat dazu auf, die bereits angefangene Suche nach weiteren Sportanlagen aktiv fortzusetzen. Das Bewegungs- und Sportanlagenkonzept, stammt aus dem Jahr 2015. Das ist das im Gemeinderatsantrag vermerkte Dokument aus dem Jahr 2021, in der überarbeiteten Version, dieses ist nicht öffentlich, das wurde mir so bestätigt. Inzwischen sind wieder vier Jahre vergangen und die SP/JUSO-Fraktion fordert den Gemeinderat dazu auf, das Könizer Bewegungs- und Sportanlagenkonzept zu überarbeiten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Und auch ich möchte im Namen der SP/JUSO-Fraktion schon einmal viel Erfolg wünschen.

Katja Streiff, EVP: Mich hat Christina Aebischer noch kurz hervorgerufen, als sie gesagt hat, sie verstehe nicht, dass wir bei diesem Projekt, welches jetzt hier vorliegt, so kritisch sind. Ich möchte kurz aus dem Protokoll von vor einem Jahr, vom 19. August 2024, den Beschluss vorlesen, an welcher das Parlament mit 27 dafür Stimmen zu 10 Gegenstimmen der Beschlussziffer zugestimmt hat. Und zwar: «Der Gemeinderat wird aufgefordert, dem Parlament zur Entscheidungsfindung für das Projekt eine Variante mit pragmatischen Lösungen im Minimalstandard vorzulegen.» Und das ist das, was wir kritisieren.

Janka Hamm, SP Frauen: In unserer Fraktion gibt es verschiedene Meinungen, auch kritische. Ich vertrete die Minderheit.

Wie unsere Fraktion und auch die meisten von euch, sind auch wir klar der Überzeugung, dass der FC-Wabern ein zu Hause braucht. Der FC Wabern macht gute Arbeit und sorgt bei Jung und Alt für Begeisterung. Ein grosses Merci auch von unserer Seite hier dazu.

Aber bei aller Dankbarkeit und Liebe für den FC Wabern: Wir haben auch eine Verantwortung gegenüber unseren Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern hier in Köniz und diese dürfen wir nicht vernachlässigen - auch wenn wir Fussball grossartig finden.

Die folgenden zwei Aspekte sind aus unserer Sicht problematisch:

1. Der Grund und Boden, auf welchem die neue Garderobe und das Vereinslokal des FC Wabern geplant sind, gehört dem Kanton. Trotz langen Verhandlungen ist es der Gemeinde nicht gelungen, ein langfristiges Baurecht mit dem Kanton auszuhandeln. Die jetzige Lösung sieht 20 Jahre vor. Die Zurückhaltung des Kantons lässt befürchten, dass das Gelände später anderweitig genutzt werden könnte. Wir müssen also davon ausgehen, dass es sich beim Vorschlag des Gemeinderates um ein Provisorium handeln könnte. Trotzdem macht es auf uns nicht den Eindruck, als würde viel Energie in eine Nachfolgelösung, idealerweise auf einem gemeindeeigenen Grundstück, investiert. Und nicht nur das: Der Gemeinderat schlägt ein CHF 3,3 Mio. Projekt vor, das nach 20 Jahren nicht einmal umziehen könnte. Das ist aus unserer Sicht keine nachhaltige Finanzpolitik.
2. Der zweite Aspekt betrifft die Gesamtkosten des Projekts: Nebst den fast CHF 4,5 Mio. für Planungs- und Ausführungskredite, erscheine nach Abschluss der Sanierung der Schulanlage eine Investition ins Rasenfeld aus technischer, betrieblicher und finanzieller Sicht sinnvoll, schreibt der Gemeinderat in seinem Antrag. Diese Kosten sind aber in den vorerwähnten CHF 4,5 Mio. noch nicht enthalten. Der Gemeinderat geht davon aus, dass je nach Wahl der Optionen «Sanierung Naturrasen» oder «Kunstrasen» ein Betrag von CHF 1,6 Mio. oder CHF 2,4 Mio. dazu kommen werden. Auch wenn heute noch nicht ganz klar ist, wie hoch die Kosten effektiv ausfallen werden und allenfalls auch der Kanton einen Förderbeitrag leistet, ist das Risiko gross, dass eine halbe Million Franken für eine der beiden Optionen benötigt wird. Gemäss Artikel 34 der Gemeindeordnung liegt die Zuständigkeit für einen Beschluss über einmalige Ausgaben von über CHF 5 Mio. aber bei den Stimmberechtigten und nicht beim Parlament. Unserer Meinung nach dürfen wir aufgrund einer Gesamtkostenbetrachtung über diesen Antrag des Gemeinderates gar nicht entscheiden, denn er liegt nicht in unserer Kompetenz.

Aus diesen Gründen werden einige von uns den Antrag des Gemeinderates zum Ausführungskredit ablehnen. Aber noch einmal, einfach, damit wir uns richtig verstehen: Es ist kein «Nein» gegen den FC Wabern, sondern ein «Nein» zu diesem Projekt des Gemeinderates.

Gemeinderat Thomas Marti, GLP: Besten Dank für die verschiedenen Voten und auch noch die Fragen, die ich mitnehmen darf.

Vorab möchte ich sagen: Ja, es ist viel Geld, über welches wir hier beschliessen. Und ja, es ist nicht das Ende der Planung der Sportinfrastruktur in der Gemeinde. Aber dazu muss man auch sagen: Nein, es ist nicht so, dass wir nicht langfristig und mittelfristig für Optionen schauen, aber das, was wir euch heute präsentieren, ist das, was wir für den Fussball kurzfristig machen können, wobei «kurzfristig» ja auch schon ein bisschen Hohn und Spott ist, wenn wir denken, wie lange wir jetzt schon daran planen. Ja, ich hätte mir auch gewünscht, dass wir euch ein kompletteres Projekt mit Kunstrasen hätten präsentieren könnten - und mit tieferen Baukosten. Aber die Rahmenbedingungen, die wir bei der Lerbermatt haben, lassen das einfach nicht zu. Es ist eine Tatsache, dass der Kanton seine Planungsunsicherheiten bei der Lebermatt hier an diesem Beispiel auf die Gemeinde überwälzt.

Zum zurückgezogenen Gesuch kann ich sagen: Es macht zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn, wenn der Kanton mit der Planung – es geht nicht nur darum, dass die Bestimmungen für das Kunstrasenfeld beim Kanton noch nicht bereit sind, diese sind für etwa 6 Monate versprochen und wenn das so versprochen wird, dann geht das wahrscheinlich noch einmal länger. Also die Verzögerung, die man dort für das Projekt einfahren würde und dieses wird nicht besser, das haben die letzten zwei Jahre gezeigt und es wird auch nicht günstiger.

Das ist das eine. Das andere ist natürlich auch die Sanierung der Lerbermatt. Vielleicht gibt es auch vorgezogene Massnahmen für die Retention und diese Retentionsanlagen sind wahrscheinlich unter dem Sportplatz angedacht. Das heisst, es macht einfach im Moment keinen Sinn, dies weiter zu verfolgen. Wir haben bereits viel Kraft und Zeit investiert: Wir haben Sondierungsbohrungen gemacht für die Versickerungsfähigkeit, wir haben damit begonnen, die Grundlagen für das Lärmgutachten zu erarbeiten, welches notwendig ist, wenn wir dieses Kunstrasenfeld dort machen. Diese Arbeiten sind alle im Tun und Machen, aber diese verzögern einfach das Projekt weiter, verzögern dies ungebührlich.

Zu den Kosten möchte ich sagen: Dass wir die Minimalvariante nicht erfüllt hätten, da muss ich der Mitte-Fraktion widersprechen, das haben wir durchaus. Wir haben euch auch bereits eine Minimalvariante hier präsentiert. Wir machen nämlich Minergie A und nicht Minergie P. Schon dort haben wir ein Preisschild von etwa CHF 60'000, welches wir weniger ausgeben. Niemand hat darüber ein Wort verloren, ob man diese CHF 224'000 einsparen will oder nicht. Das ist nämlich das, was wir euch ausgewiesen haben, recht genau auch ausgewiesen haben, was nämlich der Unterschied zu einer energetischen Minimalvariante ist. Eine bauliche Minimalvariante, das ist auch bereits eingeplant, das bekommt

dort keinen Goldrand. Aber: Die Garderoben, das ist nun mal keine günstige Sache, das ist nicht einfach leerer Wohnraum, sondern das ist die Infrastruktur, die dort reinkommt und das führt auch zu einem sehr hohen Quadratmeterpreis, den wir dort haben.

Zu den Fragen der Nutzungen, die gestellt wurden: Das ist so, der FC Wabern wird dort gleich behandelt wie die anderen, die werden nämlich bepreist. Sei es für die Spielfelder und für die Buvette gemäss unserer Verordnung, welche wir haben.

Und dann hatten wir noch weitere Fragen gehabt. Entschuldigt, das war ziemlich viel, ich muss kurz meine Notizen durchgehen.

Beim Nutzen und dass dies kein Ausbau ist: Nein, es ist kein Kapazitätsausbau, aber wir haben dort eine Nutzungsoptimierung, die wir machen können und mit dem mobilen Rasenfeld auf dem Hartplatz, können wir gerade für die jüngeren Mannschaften stabile Trainingsbedingungen für den Winter schaffen und das ist durchaus ein Mehrwert. Und wenn dann die Kinder auch in eine Garderobe kommen können, die warm genug ist und vielleicht danach auch noch eine warme Schokolade in der Buvette nehmen, dann ist das wirklich ein Mehrwert für alle.

Wie gesagt, ich wiederhole mich hier: Der Baurechtsvertrag für über 20 Jahre, das ist für mich ein kritischer Punkt, das ist so. Aber wenn ihr einen Verhandlungspartner habt, der dort nicht weiss, wie es bei ihm auf seiner Seite weitergeht, dann ist das nun mal einfach das, was man bekommt oder was man erwarten kann. Und ich glaube, wenn wir wissen oder wissen würden, wie es dann in 20 oder 25 Jahren dort aussieht – ob man dann noch hier im Parlament sitzen würde und dieses Wissen nicht bereits für etwas anderes einsetzen würde, das wäre vielleicht auch noch eine Frage. Das heisst, wir können es nicht sagen, aber wir haben hier das Bestmögliche, was wir im Moment für die Sportinfrastruktur, für die Fussball-Sportinfrastruktur im Raum Wabern machen können.

Gemeindepräsidentin Tanja Bauer, SP: Noch eine Ergänzung zu diesen Kunstrasenfeldern des Kantons, welche die Gemeinde geschenkt bekommen hat für die Women's Euro. Es wurde gesagt, dass das aus diesem Legacy-Projekt kommt. Wir haben zwei Felder bekommen und sie kommen in Wabern und in Niederscherli zum Einsatz, weil an beiden Orten der Verein profitiert, welcher etwas für den Mädchen/Frauen-Fussball macht. Einer ist der FF Schwarzwasser in Niederscherli und in Wabern eben der FC Wabern. Und da bin ich auch stolz darauf, weil der Kanton 10 Felder verschenkt hat und die Stadt Bern und wir haben je zwei bekommen. Und das ist unseren Vereinen zu verdanken, weil sie eben das Engagement im Mädchen/Frauen-Fussball bringen und wir damit auch alle Bedingungen erfüllt haben, damit wir diese bekommen konnten.

Und hier anknüpfend möchte ich auch noch Reto Zbinden für sein Engagement auf kantonaler Ebene danken. Das mit diesen Kunstrasen ist nicht ganz einfach, es ist aber unwidersprochen der beste Weg für uns, kurzfristig etwas machen zu können, auch noch an anderen Orten, wie Thomas Marti dies gesagt hat. Und da brauchen wir noch ein bisschen Support, denn uns gibt einen Kanton, das ist der «Sportkanton», der macht die Legacy für die Women's Euro und dieser schenkt einem das Kunstrasenfeld. Und dann gibt es den «Abwasserkanton» und dieser hat das Gefühl, es gebe vielleicht Rückstände. Und dann gibt es einen «Baukanton», dieser denkt an die nächste Umbaute in der Lerbermatt. Und dann gibt es vielleicht auch noch einen «Gymnasium-Kanton», welcher wieder ganz andere Probleme hat. Das ist nicht immer einfach und braucht politischen Druck auf allen Ebenen, damit wir da an einem Strick ziehen. Denn es war wirklich schwierig, dort vorwärtszukommen, wie es der Gemeinderat gesagt hat. Es hätte einfach weitere Verzögerungen gegeben, die niemand wollte.

Und dann möchte ich zum Schluss noch sagen: Herzlichen Dank an die Fachleute und an Thomas Marti, welche hier dran waren, damit wir heute einen Antrag haben, über den wir abstimmen können. Das war wirklich nicht einfach und ich denke, das ist das Wichtige, dass wir dem FC Wabern eine Lösung bringen können.

Gemeinderat Thomas Marti, GLP: Ich habe noch vergessen zu sagen: Wenn ihr heute Abend diesen Kredit sprecht und wir anschliessend in die Baugesuchsunterlagen gehen, dann wurde ja moniert, dass es zu wenig Partizipation gab. Ja, das ist so: Für das Gebäude an sich, war eine Partizipation in dem Sinne nicht möglich. Da mussten wir einfach zuerst auch mit dem Denkmalschutz und mit den anderen kantonalen Stellen verhandeln. Aber es ist klar, dass wir, wenn wir mit dem Projekt raus gehen, gerade auch die Weichteile, die das Betriebskonzept und das Verkehrskonzept betreffen, mit den Betroffenen besprechen werden.

Beschluss

1. Der Ausführungskredit für das Geschäft Wabern; Lerbermatt; Erweiterung Rasenfeld und Infrastruktur von CHF 4'155'000 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 3750.5040 2526, Wabern; Lerbermatt; Erweiterung Rasenfeld und Infrastruktur wird bewilligt.
(Abstimmungsergebnis: 27 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen)
2. Zusätzlich zum Ausführungskredit wird die Anschaffung eines mobilen Kunstrasens für die Nutzung während der Wintermonate auf dem Allwetterplatz des Gymnasiums Lerbermatt von CHF 80'000 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 3750.5040 2526, Wabern; Lerbermatt; Erweiterung Rasenfeld und Infrastruktur bewilligt.

(Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung)

Ziffern 1 und 2 des Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

3. Das Parlament nimmt zur Kenntnis, dass der Gemeinderat beabsichtigt, die Option Realisierung eines Kunstrasenfelds weiterzubearbeiten und dem Parlament zu einem späteren Zeitpunkt zum Beschluss vorzulegen.

(Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen (einstimmig) für zustimmende Kenntnisnahme)

PAR 2025/57

Einführung Microsoft 365 in der Gemeindeverwaltung Köniz

Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe

Bericht zur Einführung von Microsoft 365 (M365) in der Gemeindeverwaltung

Die Gemeindeverwaltung Köniz strebt mit der Einführung von Microsoft 365 eine zukunftsorientierte, sichere und effizientere Zusammenarbeit an. Dieser Antrag erläutert die Beweggründe, Chancen und Risiken sowie die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen einer solchen Umstellung.

Begriffsklärung

Microsoft Enterprise Agreements

Microsoft Enterprise Agreements sind vertragsgebundene Microsoft-Volumenlizenzverträge, welche die Lizenzierung der Microsoft-Clouddienste und/oder lokale Software (on-Premise-Lizenzen) für drei Jahre festlegen. Für Government-Kunden gilt für Neuverträge ein Mindestvolumen von 250 Benutzern/Geräten. Software Assurance (regelmässige Software-Updates, technische Unterstützung) ist inbegriffen.

On-Premise-Lizenzen

On-Premise-Lizenzen von Microsoft beziehen sich auf Software, die auf den eigenen Servern und Infrastruktur des Informatikzentrums installiert und betrieben werden. Beispiele sind traditionelle Versionen von Microsoft Office oder Windows Server, die einmalig gekauft und lokal verwaltet werden.

Cloud-Lizenzen

Cloud-Lizenzen von Microsoft, wie jene für Microsoft 365, ermöglichen den Zugriff auf Software und Dienste über das Internet. Diese Lizenzen werden meist im Abonnementmodell angeboten und beinhalten regelmässige Updates, Cloud-Speicher und die Möglichkeit, von verschiedenen Geräten und Standorten aus zu arbeiten.

Microsoft 365 (M365)

Microsoft 365 ist eine cloudbasierte Produktivitätsplattform (Arbeitsumgebung) von Microsoft, die eine Vielzahl von Anwendungen und Diensten umfasst, um die Zusammenarbeit, Kommunikation und Produktivität in Unternehmen und Organisationen zu verbessern. Im Wesentlichen kombiniert Microsoft 365 die klassischen Office-Anwendungen mit zusätzlichen Online-Diensten, Cloud-Speicher und Sicherheitsfunktionen.

1. Ausgangslage

Im Juni 2012 hat der Gemeinderat (GR) das Informatikzentrum (IZ) beauftragt, nach abgeschlossener Server-Migration 2009 die veraltete Office-2003-Version durch die Version Office 2010 abzulösen. Die Ausgaben dafür waren gebunden (Ersatzbeschaffung). Ebenfalls hat der GR beschlossen, neu die Microsoft-Lizenzen im Rahmen eines Enterprise Agreements mit Software Assurance (Kauf-Mietmodell) zu beschaffen. Eine öffentliche Ausschreibung (SIMAP) für eine Ersatzbeschaffung von veralteten Office-Lizenzen wurde durchgeführt und implementiert.

Seitdem hat das IZ im Rahmen eines Software-Enterprise-Agreements (EA) mit Microsoft die notwendigen Microsoft-Lizenzen für den Rechenzentrumsbetrieb jährlich wiederkehrend verlängert oder in offenen Ausschreibungen beschafft.

In der letzten Zeit hat sich das Angebot von Microsoft stark verändert, und zwar so stark, dass nicht einfach die bisherige Praxis weitergeführt werden kann. Darauf wird unten näher eingegangen (Ziffer 4 – Ergänzende Hinweise).

Die Gemeindeverwaltung hat die Initialisierungsphase zur Einführung von M365 gestartet und eine Planungs- und Umsetzungsstrategie erarbeitet. Im Rahmen dieses Prozesses hat der Gemeinderat den Wechsel zu M365 als Zielvorgabe festgelegt. Die weiteren Schritte erfolgen auf Basis dieser strategischen Entscheidung.

2. Finanzen

Während bei einer klassischen IT-Infrastruktur vor allem initiale Investitionen in Server, Lizenzen und Wartungskosten anfallen, basiert M365 auf einem abonnementbasierten Modell mit wiederkehrenden jährlichen Kosten. Dieses Modell ermöglicht eine bessere Planbarkeit.

Ein Wechsel zu M365-Lizenzen ist teurer als die bestehende On-Premise-Lösung. Die zusätzlichen Kosten ergeben sich einerseits aus erweiterten Betriebsfunktionen und andererseits aus Preiserhöhungen für Lizenzen von Microsoft.

Beschreibung	Kosten über 3 Jahre Excl. MwSt.
Bestehende on-premises Lizenzierung mit dem aktuellen Mengengerüst	CHF 936'848.49
Switch auf die Microsoft 365 für die komplette User Zahl	CHF 1'117'324.41

Die jährlichen Kosten für M365 liegen leicht unter CHF 400'000. Dem Parlament wird deshalb beantragt, einen Kredit von jährlich wiederkehrend CHF 400'000 zu beschliessen.

Die Zuständigkeit des Parlaments ergibt sich aus Artikel 48 Buchstabe b der Gemeindeordnung, wonach das Parlament jährlich wiederkehrende Ausgaben über CHF 60'000 bis CHF 1 Mio. beschliesst.

3. Weitere Schritte

Die Planungs- und Umsetzungsstrategie definiert die notwendigen Schritte, um sicherzustellen, dass die Einführung von M365 erfolgreich und reibungslos verläuft. Die Strategie berücksichtigt alle Aspekte der Einführung, einschliesslich der technischen und organisatorischen Aspekte.

In der 2. Phase "Setting-Phase" werden die aus der 1. Phase "Analyse-Phase" gewonnenen Themen vertieft. Am Ende dieser 2. Phase sind alle Grundlagen vorhanden, um eine verlässliche Planung für die Projekte des Programms "Einführung Microsoft 365" durchführen zu können. Die in der Setting-Phase zu erarbeitenden Lieferobjekte beinhalten:

- Datenschutzfolgenabschätzung: Strukturierte Erfassung der datenschutzrechtlichen Risiken, Risikobewertung, Definition technischer und organisatorischer Massnahmen, Beurteilung der Restrisiken, Vorabkontrolle durch Datenschutzstelle
- ISDS-Konzept (ISDS = Informationssicherheit und Datenschutz): Detaillierte Konzeption der Gesamtheit aller getroffenen Massnahmen für die Mitigation von Datenschutz- und Sicherheitsrisiken
- Datenklassifizierungskonzept: Definition von Datenklassen, Kriterien der Klassifizierung, Schutzbedarf, Einbettung in bestehende Weisungen
- Nutzungskonzept (inkl. Organisationsvorschriften): das Nutzungskonzept soll insbesondere das Verhältnis zu GEVER und zu Fachanwendungen regeln, um die rechtskonforme Aktenführung und damit verbunden die Archivierung sicherzustellen.
- Prüfung/Überarbeitung bestehende Weisungen & Reglemente: Die Prüfung muss auf der einen Seite berücksichtigen, dass diese Weisungen und Vorschriften weiterhin Anwendung finden können, und auf der anderen Seite potenzielle Widersprüche mit den neuen Konzepten und Richtlinien aufzeigen und die Weisungen bei Bedarf anpassen.

4. Ergänzende Hinweise

4.1 Informatik Strategie Kőniz

In der Informatik-Strategie ist das strategische Feld "Innovation und Digitalisierung" festgelegt. Dies beinhaltet das Ziel, dass die Informatik proaktiv die digitale Transformation der Gemeindeverwaltung unterstützt, damit diese digital handeln, informieren und kommunizieren kann. Folgende strategische Stossrichtung ist dabei festgehalten:

"S1 - Der Einsatz neuer IT-Technologien wie z. B. automatisierte Wissensarbeit, Internet der Dinge und Cloud-Technologien werden gefördert. Synergien und Kooperationen werden angestrebt, um einen Mehrwert für die Gemeindeverwaltungen zu erzeugen".

4.2 Marktentwicklung Microsoft-Produkte

In den letzten Jahren hat sich der Markt für Microsoft-Produkte stark verändert. Microsoft hat seine Strategie von einer reinen Software-Lizenzierung hin zu einem cloud-basierten Modell geändert. Dies ermöglicht es den Mitarbeitenden, auf ihre Anwendungen und Daten von überall und auf verschiedenen Geräten zuzugreifen. M365 ist ein wichtiger Teil dieser Strategie und bietet eine umfassende Suite von Anwendungen und Diensten für die Produktivität, Kommunikation und Zusammenarbeit. Es ist jedoch zu beachten, dass M365 keine eigentliche Geschäftsverwaltung umfasst. Die Verwaltung von Geschäftsprozessen, Dokumenten und Informationen erfolgt weiterhin mit dem bestehenden Gever-System.

Die Lizenzmodelle wurden von Microsoft angepasst. Statt Einmalkosten pro Installation setzt Microsoft auf Abonnements mit regelmässigen Updates, Sicherheitsverbesserungen und neuen Funktionen. Die klassische Office-Welt verschwindet zusehends; wer weiterhin aktuelle Funktionen und Support möchte, kommt an M365 kaum vorbei.

4.3 Notwendigkeit eines Wechsels auf M365

Die Notwendigkeit eines Wechsels auf M365 ergibt sich aus verschiedenen betrieblichen und technischen Entwicklungen. Zahlreiche bisher genutzte On-Premises-Lösungen für zum Beispiel E-Mail, Dateispeicherung und Zusammenarbeit stossen an ihre Grenzen – sei es aufgrund fehlender Weiterentwicklung seitens Microsoft, wachsender Sicherheitsanforderungen. Hinzu kommt, dass viele Softwarehersteller ihre Produkte zunehmend auf Cloud-basierte Modelle ausrichten, wodurch der Betrieb klassischer Infrastrukturen mittel- bis langfristig aufwändiger und teurer wird. Ein Wechsel auf eine integrierte Plattform wie M365 ist die Antwort auf diese Veränderungen, um Betriebssicherheit, Aktualität und Zukunftsfähigkeit der IT-Arbeitsumgebung zu gewährleisten.

4.4 Risiken beim Einsatz von Microsoft 365

Der Einsatz von M365 bringt neben vielen Vorteilen auch gewisse Risiken mit sich, die bei der Einführung sorgfältig berücksichtigt werden müssen. Dazu zählen insbesondere die Abhängigkeit von einem einzelnen Anbieter, mögliche Unterbrüche bei Cloud-Diensten sowie datenschutzrechtliche Fragestellungen. Auch Sicherheitsrisiken wie Phishing oder Fehlkonfigurationen im Berechtigungsmanagement können bei ungenügender Schulung und Kontrolle zu Vorfällen führen. Zudem kann es zu Herausforderungen bei der Integration bestehender Fachanwendungen kommen. Eine strukturierte Einführung mit klaren Sicherheitsvorgaben, laufendem Monitoring und begleitender Sensibilisierung der Mitarbeitenden ist entscheidend, um diese Risiken zu minimieren.

4.5 Datenschutz – Anforderungen und Umsetzung

Die Einführung von Microsoft 365 in der Gemeindeverwaltung muss den datenschutzrechtlichen Vorgaben des Kantons Bern entsprechen, insbesondere dem kantonalen Datenschutzgesetz (KDSG) und der dazugehörigen Verordnung (KDSV). Bei der Nutzung von Cloud-Diensten wie Microsoft 365 sind höhere Anforderungen an die Datensicherheit, den Datenzugriff sowie an den Standort der Datenhaltung zu erfüllen. Die weiter oben geschilderten Punkte Datenschutzfolgeabschätzung, ISDS-Konzept, Datenklassifizierung sind in diesem Zusammenhang zentral.

4.6 Wie gehen andere Gemeinden und Kantone vor?

Mehrere Städte und Gemeinden im Kanton Bern als auch der Bund befinden sich aktuell in der Einführung von Microsoft 365 oder haben diesen Schritt bereits vollzogen. Die Stadt Bern hat sich nach eingehender Prüfung für die Einführung von Microsoft 365 inklusive Cloud-Nutzung entschieden, wobei besonders schützenswerte Daten lokal verbleiben. Für kleinere Gemeinden im Kanton Bern gibt es derzeit keine öffentlich zugänglichen Informationen über die flächendeckende Einführung von Microsoft 365. Allerdings hat der Kanton Bern einen Leitfaden für den Einsatz von M365 in Gemeinden veröffentlicht, der rechtliche und organisatorische Aspekte behandelt. Dies deutet darauf hin, dass einzelne Gemeinden die Einführung von M365 prüfen oder bereits umsetzen.

Die Tendenz geht klar in Richtung einer standardisierten, cloudbasierten Arbeitsumgebung, wobei lokale Gegebenheiten und Datenschutzanforderungen individuell berücksichtigt werden. Diese Entwicklung zeigt, dass die Einführung von Microsoft 365 in der kommunalen Verwaltung im Kanton Bern zunehmend als strategischer Schritt verstanden wird.

4.7 Alternativen zu Microsoft 365 – und deren Auswirkungen

Neben Microsoft 365 bestehen grundsätzlich auch alternative Lösungen für Bürokommunikation und Zusammenarbeit, wie z. B. Google Workspace, Open-Source-Lösungen oder lokal betriebene klassische IT-Infrastrukturen. Diese Varianten bieten teilweise tiefere Lizenzkosten oder mehr Kontrolle über die Datenhaltung, erfordern jedoch in der Regel einen beträchtlich höheren internen Betriebsaufwand sowie zusätzliche Sicherheits- und Supportstrukturen. Die Integration mit bestehenden Fachanwendungen und die langfristige Weiterentwicklung sind bei Alternativen oft weniger etabliert oder mit zusätzlichem Aufwand verbunden. Zudem besteht bei nicht marktführenden Lösungen ein erhöhtes Risiko bezüglich Nachhaltigkeit, Benutzerakzeptanz und Anbindung an Fachapplikationen. Eine neutrale Bewertung zeigt, dass Alternativen zwar technisch möglich sind, aber im Gesamtvergleich meist höhere betriebliche Komplexität und tiefere Standardisierung mit sich bringen.

4.8 Fazit

Die Einführung von M365 ist eine strategisch notwendige Entscheidung, um die Handlungsfähigkeit der Gemeindeverwaltung langfristig sicherzustellen. Die Lösung ist bewährt, zukunftssicher und lässt sich unter Einhaltung der kantonalen Datenschutzvorgaben datenschutzkonform betreiben. Auch die Bundesverwaltung, der Kanton Bern und andere Berner Gemeinden haben sich für die Einführung von M365 entschieden. Der Nutzen überwiegt die Risiken deutlich – insbesondere, wenn die Umstellung sorgfältig geplant, begleitet und kontrolliert erfolgt.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Für Lizenz- und Betriebskosten für Microsoft 365 wird ein Kredit von jährlich wiederkehrend CHF 400'000 zu Lasten Konto 5700.3153.70 "Unterhalt und Service IT-Arbeitsplatz Infrastruktur" bewilligt.

Köniz, 18. Juni 2025

Der Gemeinderat

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Wir kommen zum Traktandum 5, «Einführung Microsoft 365 in die Gemeindeverwaltung Köniz». Das ist ein Kredit der Direktion Umwelt und Betriebe. Die Sitzungsakten bilden den Bericht und den Antrag des Gemeinderates. Auf der Tischvorlage gibt es einen Abänderungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion.

Das Vorgehen ist wie folgt: Zuerst hat die GPK-Referentin das Wort, dann die Fraktionen, die Einzelvoeten der Parlamentsmitglieder, der Gemeinderat und dann folgt die Abstimmung.

GPK-Referentin Sandra Röthlisberger, GLP: Die Reihen lichten sich, auf Wiedersehen miteinander, die politische Arbeit geht weiter.

Die GPK bedankt sich beim Gemeinderat und den Fachleuten auf der Tribüne auch bei Pascal Wenger, für die gut formulierten Parlamentsunterlagen. Das Kapitel «Folgen einer Ablehnung» wurde nachgereicht.

Das Geschäft befasst sich mit der Einführung von Microsoft 365, kurz M365, in der Gemeindeverwaltung. Weil die jährlichen Kosten für die Lizenzen die Kreditkompetenz-Limiten von CHF 60'000 übersteigen, liegt die Zuständigkeit beim Parlament. Der Gemeinderat hat 2024 den Wechsel zu M365 als strategische Zielvorgabe festgelegt. M365 ist ein US-amerikanisches Produkt, so viel zur Ausgangslage. Welche finanziellen Folgen hat diese Einführung? Die Lizenzen haben eine Laufzeit von drei Jahren, die bestehenden On-Premise-Lösungen kosten rund CHF 937'000, der Wechsel zu M365 führt zu höheren Kosten. Die Kostenstruktur ändert sich zu einem reinen Abo-Lizenzmodell mit jährlichen Kosten. Diese Lösung kostet rund CHF 1,12 Mio. für drei Jahre - das sind wie gesagt, pro Jahr über CHF 60'000 Franken Mehrkosten. Die Ausschreibung erfolgt alle sechs Jahre.

Wie steht es um die Datensicherheit? Das war die grosse Frage, die wir uns auch in der GPK gestellt haben. Die US-Strafverfolgungsbehörden können aufgrund des sogenannten US-Cloud-Act die Herausgabe von Daten aus diesen M365-Anwendungen verlangen, auch wenn Daten in der Schweiz gespeichert werden. Das untergräbt die Idee der Datensouveränität. In der Schweiz und auch in der EU wird die Nutzung von M365 von Datenschutzbehörden deshalb auch kritisch betrachtet. Aber man muss klar sagen, die Anwendung ist nach dem Schweizer Datenschutzrecht auch konform. Der Gemeinderat hat die Risiken erkannt und versucht, die Risiken durch zusätzliche Massnahmen zu minimieren. Die GEVER-Daten der Geschäftsverwaltung sind in eigenen Servern im Rechenzentrum gespeichert, darauf hat niemand Externen Zugriff. Die Personaldaten sind auf Abacus, was auch ein Schweizer Produkt ist.

Die Daten generell müssen mit M365 aber bearbeitet werden, also wenn man sie öffnet, ist man natürlich irgendwie in einem Office-Programm. Deshalb muss künftig jedes Dokument klassifiziert und nötigenfalls bei besonders schützenswerten Personendaten oder bei intern klassifizierten Informationen verschlüsselt werden. Es wird an einer technischen Lösung gearbeitet, sodass die Daten automatisch am richtigen Ort abgelegt werden. Auf jedem PC soll zudem eine Open-Office-Lösung oder ein Programm installiert werden, damit auch dort die Abhängigkeit reduziert wird. Die Mitarbeitenden, und das ist natürlich das A und O, werden geschult, ein entsprechendes Schulungskonzept ist in Arbeit. Der Gemeinderat wird für die Einführung und die Anwendung von M365 eine neue Weisung verabschieden.

Was sind jetzt die Konsequenzen einer Ablehnung?

1. Es gibt technologische und funktionale Nachteile: Die Gemeinde würde bei der veralteten lokalen Infrastruktur bleiben. Das führt zu erhöhten Sicherheitsrisiken, weil Updates verzögert oder gar nicht mehr erfolgen. Moderne Funktionen wie zum Beispiel mobiles Arbeiten und digitale Zusammenarbeit in Echtzeit wären nicht oder nur mit grossem Aufwand verfügbar.
2. Ein hoher betrieblicher Aufwand: Der Wartungsaufwand und die Betriebskosten des bestehenden Systems würden steigen, die Schnittstellen zu den Fachapplikationen sind teilweise nicht sichergestellt.
3. Es ist einfach im Moment keine gute Alternative verfügbar. Die Umstellung auf alternative Lösungen wie Open Source Software wäre mit sehr hohen Kosten verbunden und langen Migrationszeiten. Die

Benutzerfreundlichkeit würde sinken und mittelfristig würde die Verwaltung den Anschluss an die modernen Arbeitswelten und Arbeitsweisen verlieren.

Die GPK hat folgende Beschlüsse gefasst:

- Die GPK stellt einstimmig fest, dass die, mit den notwendigen Ergänzungen über die Folgen der Ablehnung, für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen.
- Die GPK empfiehlt dem Parlament, dem Antrag zuzustimmen. Abstimmungsergebnis: 6 dafür, 0 dagegen, 1 Enthaltung.
- Und die GPK fordert vom Gemeinderat in vier Jahren einen Bericht über die Erfahrungen und die geprüften Alternativen zu M365. Abstimmungsergebnis: 6 dafür, 0 dagegen, 1 Enthaltung.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Eine Frage an den Gemeinderat. Gibt es neue Erkenntnisse oder Ergänzungen zum schriftlichen Bericht? Das ist nicht der Fall. Wird das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Gibt es Voten aus den Fraktionen?

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Sladjan Petrovic, Die Mitte: Mit der Einführung von Microsoft 365 will die Gemeinde Köniz ihre Office- und Kollaborationssoftware modernisieren und die Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung vereinfachen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Einheitliche Arbeitsumgebung, ortsunabhängiger Zugriff, regelmässige Updates, erhöhte Sicherheit im Vergleich zur veralteten On-Premise-Lösung. Diese Punkte sprechen klar dafür, dass wir mit der Zeit gehen und die Verwaltung zukunftsfähig aufstellen. Auch andere Gemeinden und der Kanton Bern haben diesen Weg eingeschlagen. Und auch andere Anbieter von Softwarelösungen gehen vermehrt in sogenannte Paper-Use-Modelle. Dass man heutzutage noch Lizenzen kauft, ist eher nicht Usus.

Trotzdem müssen wir uns bewusst sein: Mit diesem Entscheid gehen wir eine Abhängigkeit mit einem Anbieter ein und zudem noch mit einem amerikanischen Tech-Giganten. Das birgt Risiken, insbesondere im Bereich Datenschutz und Datensicherheit. Darum ist es zentral, dass wir die Umsetzung durch klare Konzepte wie Datenschutz, Informationssicherheit und Datenklassifizierung begleiten. Das Projekt sieht diese Massnahmen vor und das ist auch richtig so.

Alternativen sind zurzeit nicht wirklich vorhanden. Diverse Behörden haben die Einführung von alternativen Lösungen geprüft und sind an fehlenden Funktionalitäten, hohem Integrationsaufwand oder unzureichenden Sicherheitsstandards gescheitert. Dazu kommt, dass Microsoft alles aus einer Hand anbietet. Bei alternativen Lösungen wäre das nicht der Fall. Als Folge müsste man mehrere Softwarelösungen implementieren, warten, supporten und das wäre eher ineffizient.

Wir schätzen die bisherigen Bemühungen der Verwaltung sehr, welche laufend alternative Werkzeuge erprobt und dadurch die Resilienz der Verwaltung stärkt. So setzt sie LibreOffice, OpenOffice als Backup ein, GEVER für die elektronische Geschäftsverwaltung und weitere Tools ausserhalb des amerikanischen und Microsoft-Universums. Wir danken für das Engagement und für die Bereitstellung dieser Unterlagen.

Uns, der EVP-GLP-Mitte-Fraktion, geht es um die langfristige strategische Ausrichtung. Darum stellen wir den Antrag auf die Begrenzung des Kredits auf sechs Jahre. Im Rahmen der Neuausschreibung nach sechs Jahren sollen alternative Lösungen zu Microsoft geprüft werden und allenfalls implementiert werden. Auf Verlangen der GPK soll der Gemeinderat zudem nach vier Jahren einen Bericht mit Erfahrungen und geprüften Alternativen vorlegen - ihr habt es zuvor gehört - auch da hätten wir die Möglichkeit, steuernd einzugreifen. In der aktuellen geopolitischen Lage wollen wir die Abhängigkeit zu amerikanischen Unternehmen kritisch beobachten. Auch andere europäische Länder streben nach mehr Souveränität und sind teilweise sogar weiter als die Schweiz mit dem Einsatz von technischen Lösungen. Das könnte dazu führen, dass wir in den nächsten Jahren auch für die Schweiz einsetzbare Lösungen haben. Microsoft hat im Bereich Office-Software und Betriebssystem eine marktbeherrschende Stellung, also das Quasi-Monopol. Wir müssen diesem Lock-in-Effekt entgegenwirken und uns bewusst einen Handlungsspielraum offenhalten.

Zusammengefasst: Wir sehen die Notwendigkeit der Einführung von Microsoft 365. Wir sagen «Ja» zum Kredit, nicht aber als Blankoscheck. Mit der Begrenzung auf sechs Jahre schaffen wir Raum für Alternativen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ihr sollt also «Ja» sagen zu diesem Geschäft, aber mit klaren Auflagen, dass wir das in sechs Jahren noch einmal neu prüfen. Damit werden wir die Digitalisierung unserer Verwaltung absichern, ohne uns dauerhaft und vorbehaltlos an ein Monopol zu binden.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, Lukas Erni, Grüne: Der Wechsel auf Microsoft 365 stellt uns einmal mehr vor ein durchaus bekanntes Dilemma – mein Vorredner hat es schon gesagt - die

Abhängigkeit von grossen US-Tech-Konzernen. Bekanntlich führen viele Wege nach Rom, in der IT führt eigentlich jeder Weg in die USA. Das ist problematisch, aber wir müssen es irgendwie auch ein bisschen realistisch einordnen, weil eigentlich egal, wie man es macht, irgendwo läuft am Schluss immer irgendetwas über einen Server von Microsoft, IBM, Amazon oder Cloudflare, es geht fast nicht anders. Aus unserer Sicht ist M365 deshalb auch nicht das einzige kritische Produkt, das man im Einsatz hat, ganz generell als öffentliche Verwaltung.

Das Grundproblem liegt aus unserer Sicht auf einer viel höheren Ebene und solange die EU da nicht wirklich konkurrenzfähige und funktionierende Alternativen hat, also innerhalb der EU, dann bleibt uns eigentlich nicht viel anderes übrig, als da einfach etwas pragmatisch mitschwimmen. Das «Nein» zu einem M365 würde uns diese Abhängigkeit eben nicht nehmen. Uns ist wichtig, dass es ein gutes Datenklassifizierungskonzept gibt und die Mitarbeitenden sensibilisiert und auch geschult sind. Und wir sehen da im gemeinderätlichen Antrag durchaus Bestrebungen dafür.

Keinen Mehrwert sehen wir im Antrag, den Kredit auf sechs Jahre zu befristen. Das schafft aus unserer Sicht keinen Mehrwert, sondern eigentlich nur ein bisschen Verwaltungsaufwand, denn wir können als Parlament immer einwirken und wir glauben auch, dass der Gemeinderat und die Verwaltung da die Augen offen haben. Denn für uns ist klar: Solange die USA mit ihren Gesetzen und Prioritäten unsere Datenschutzinteressen nicht teilen, müssen wir umso stärker auf gute und enge Partnerschaften auch in Europa setzen. Aber heute bleibt uns bei allen Bedenken eben nicht wirklich eine Alternative und darum stimmen wir dem Antrag zu.

Fraktionssprecher FDP, Ronald Sonderegger, FDP: Wir von der FDP. Die Liberalen sind froh, dass das endlich kommt. Es ist absolut egal, ob das ein amerikanisches Produkt ist. Es läuft und das ist wichtig.

Als Alternative, was würde da in Frage kommen? Ein russisches oder ein chinesisches Produkt? Grosses Fragezeichen. Über die Schnittstellen, wenn man so etwas wählen würde, zum Bund oder zum Kanton, die Verständigungsprobleme um das Betriebssystem in Gang zu bringen, das würde viel zu lange gehen und dazu muss ich wohl nicht viel sagen.

Von unserer Seite her super. Einführen. Wir nehmen das einstimmig an.

Zum Antrag, welchen wir hier haben: Diesen lehnen wir von der FDP. Die Liberalen ab. Das ist zu kurz, sechs Jahre, für so ein grosses Projekt und wir gehen davon aus, dass dies sowieso von Zeit zu Zeit überprüft wird, dann braucht es nicht noch separate Gegebenheiten.

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne: Danke vielmals für die gute Aufnahme und danke, Sandra Röthlisberger, für die sehr gute Zusammenfassung. Du hast dies so gut zusammengefasst, dass ich viel weniger sagen muss, als ich eigentlich vor hatte. Du hast dies alles richtig wiedergegeben. Auch der US-Cloud-Act, das hat mich selber schon auch ein bisschen erschüttert, dass die US-Strafverfolgungsbehörden jederzeit auf Daten zugreifen können, egal ob das Rechenzentrum in der Schweiz ist, in Europa oder sonst irgendwo. Es gehört zu einem amerikanischen Konzern und dann können sie auf die Daten zugreifen, ohne die Eigentümer darüber zu informieren - also wir wissen gar nicht, wann sie die Daten einfordern.

Und deshalb ist es umso wichtiger, dass wir unsere Daten klassifizieren, du hast dies auch richtig geschildert, Sandra, dass wir vertrauliche Daten, besonders schützenswerte Personendaten und andere Dokumente, die wir wichtig finden, dass man diese verschlüsselt, so dass eben dieser Zugriff nicht möglich ist und diese Art ist dann konform mit dem Datenschützer - also die Datenschützer haben bestätigt, dass dies eine Umsetzung ist, welcher sie zustimmen.

Diese Abhängigkeit, das haben viele von euch erwähnt, das ist eine Tatsache. Das hat man übrigens schon vor zehn Jahren moniert. Verschiedene Kantone und auch Gemeinden haben darauf reagiert, haben eine Open-Source-Strategie versucht zu fahren, aber die sind weitgehend gescheitert, weil es nicht diese vergleichbaren Produkte gibt. Aber vielleicht ist man jetzt ja erwacht und man arbeitet intensiv an Alternativen. Doch das können nicht wir im IZ Köniz machen, sondern das muss national, das muss international auf Europa-Ebene passieren, dass da Alternativen entwickelt werden und sobald diese zur Verfügung stehen, sind wir die ersten im IZ, welche diese prüfen und schauen, ob wir diese einsetzen können.

Die Abhängigkeit, ich habe es erwähnt, wir haben darauf reagiert. Wir haben dies in den Risikokatalog des IZ übernommen. Ihr habt den Risikokatalog bei euch abgebildet, 9 Punkte, es kam ein 10. dazu, welcher heisst: «Geopolitik». Und bei jedem dieser Punkte definieren wir dann Massnahmen. Jetzt ist es so: Bei diesem 10. Punkt «Geopolitik» haben wir noch keine Massnahmen umgesetzt und ergriffen. Das wäre doch ein bisschen schnell gewesen. Aber wir haben es angedeutet: Eine mögliche Massnahme ist, dass auf allen Geräten Open Office oder vergleichbare Open-Source-Produkte installiert

würden, so dass man zur Not, wenn die Cloud einmal nicht funktionieren sollte, - aus welchen Gründen auch immer - dass nicht alle unsere Mitarbeitenden die Hände in den Schooss legen müssen und nichts mehr machen können, sondern dass man zur Not die Dokumente trotzdem noch öffnen, bearbeiten und wieder abspeichern kann. Und in diesem Zusammenhang ist wichtig - du hast es schon gesagt, Sandra - ganz wichtig: Alle unsere geschäftsrelevanten Daten, die sind im GEVER und das GEVER ist ein Schweizer Produkt und das liegt auf unseren Servern, also da sind wir sicher.

Lukas Erni, du hast von dieser Abhängigkeit gesprochen, dass Europa aktiv werden muss, das habe ich schon gesagt.

Ronald Sonderegger: Das ist genau das Argument, weshalb - auch wenn es uns nicht sympathisch ist - wir Microsoft 365 trotzdem einführen, denn es ist im Moment einfach alternativlos. Und ja, es ist ein Produkt, das funktioniert und ja, es bietet den Komfort an, dass man das gleiche Dokument auf irgendeinem Gerät öffnen kann und diese sind alle mit der Cloud verknüpft. Das ist einfach der Standard, den man heute erwartet und diesen werden wir umsetzen.

Vielleicht noch zur Befristung auf sechs Jahre: Dieser Antrag lehnt der Gemeinderat ab, denn wir sind der Meinung, dass es in unserer Kompetenz liegt, hier zu reagieren. Und wenn das Parlament Details oder Informationen will, seid ihr frei, jederzeit Vorstösse zu machen, ein Postulat oder eine Motion, um Informationen zu erhalten und auch eure Meinung zu äussern, was wir hier jetzt machen sollten. Aber ich kann euch versichern: Der Gemeinderat und vor allem auch das IZ - von welchem Pascal Wenger, der Leiter des IZ, noch dort oben sitzt - wir haben die Risiken und Abhängigkeiten im Blick und wir werden rechtzeitig die notwendigen Massnahmen ergreifen.

Beschluss

Abstimmung über den Abänderungsantrag

Das Parlament lehnt folgenden Abänderungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion ab:

Für Lizenz- und Betriebskosten für Microsoft 365 wird ein Kredit von jährlich wiederkehrend CHF 400'000 zu Lasten Konto 5700.3153.70 "Unterhalt und Service IT-Arbeitsplatz Infrastruktur" für 6 Jahre bewilligt. Das Geschäft wird dem Parlament danach erneut vorgelegt.

(Abstimmungsergebnis: offensichtliche Ablehnung)

Schlussabstimmung über den Antrag des Gemeinderats

Für Lizenz- und Betriebskosten für Microsoft 365 wird ein Kredit von jährlich wiederkehrend CHF 400'000 zu Lasten Konto 5700.3153.70 "Unterhalt und Service IT-Arbeitsplatz Infrastruktur" bewilligt.

(Abstimmungsergebnis: offensichtliches Mehr)

PAR 2025/58

V2503 Postulat (SP/Juso) "Umsetzung Istanbul-Konvention"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, mit einem Aktions- und Massnahmenplan die Istanbul-Konvention auf kommunaler Ebene umzusetzen.

Begründung

Das «Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt», die sogenannte Istanbul-Konvention, erkennt Gewalt gegen Frauen als das an, was es ist: Eine Form von Menschenrechtsverletzung und Diskriminierung. Das Übereinkommen wurde 2011 in der Stadt Istanbul vom Europarat unterzeichnet. Die internationale Menschenrechtsnorm hat zum Ziel, Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt auf regionaler Ebene zu bekämpfen und zu beenden. Die Konvention verpflichtet die ratifizierenden Länder konsequent gegen Gewalt an Frauen und Mädchen vorzugehen, geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen und die Rechte von Gewalt- betroffenen auf Unterstützung und Schutz durchzusetzen. Mit der Ratifikation des Übereinkommens am 14. Dezember 2017 und seiner Inkraftsetzung am 1. April 2018 hat sich die Schweiz völkerrechtlich verpflichtet, entsprechende Massnahmen gegen Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt umzusetzen und dem Europarat regelmässig darüber Bericht zu erstatten.

Die Istanbul-Konvention sieht Massnahmen auf allen Staatsebenen (Bund, Kanton und Gemeinde) vor. Der nationale Aktionsplan der Schweiz beinhaltet die folgenden Schwerpunkte: Information und Sensibilisierung der Bevölkerung, Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen und ehrenamtlich Tätigen sowie sexualisierte Gewalt. Verschiedene Städte und Gemeinden (wie bspw. Biel, Burgdorf, St. Gallen, Winterthur) haben bereits Massnahmen umgesetzt (siehe S.34ff. Nationaler Aktionsplan der Schweiz zur Umsetzung der Istanbul-Konvention 2022-2026).¹ Die Gemeinde Köniz ist gefordert, einen stufengerechten Aktions- und Massnahmenplan zu erstellen und umzusetzen. Bestehende Projekte und Massnahmen sollen in den Plan einfließen.

Eingereicht

10.02.2025

Unterschrieben von 22 Parlamentsmitgliedern

Isabelle Steiner, Géraldine Boesch, Urs Mumenthaler, Roger Tanner, Rahel Gall, Franziska Adam von Däniken, Bülent Celik, Mayra Faccio, Laura Hoffman, Arlette Münger, Janka Hamm, Sara Gasser, David Müller, Christina Aebischer Zimmermann, Monika Röthlisberger, Lukas Erni, Andreas Hauser, Fabienne Marti Locher, Katja Streiff, Sandra Röthlisberger, Brigitte Rohrbach, Casimir von Arx

Antwort des Gemeinderates

1. Ausgangslage

Begriffliche Einbettung

Die 2018 in der Schweiz in Kraft getretene Istanbul-Konvention definiert *häusliche Gewalt* als «alle Handlungen körperlicher, sexueller, psychischer oder wirtschaftlicher Gewalt, die innerhalb der Familie oder des Haushalts oder zwischen früheren oder derzeitigen Eheleuten oder Partnerinnen beziehungsweise Partnern vorkommt, unabhängig davon, ob der Täter beziehungsweise die Täterin denselben Wohnsitz wie das Opfer hat oder hatte.»² Sie charakterisiert sich durch den Kontext emotionaler Nähe und – oftmals finanzieller oder aufenthaltsrechtlicher – Abhängigkeit. Durch die Tatsache, dass häusliche Gewalt im privaten Raum stattfindet, ist das Thema stark tabuisiert.

Der im Postulat erwähnte Schwerpunkt I der *Information und Sensibilisierung der Bevölkerung* des Nationalen Aktionsplans der Schweiz zur Umsetzung der Istanbul-Konvention 2022–2026 (NAK)³ hat zum Ziel, die Öffentlichkeit über die verschiedenen Formen häuslicher Gewalt und geschlechtsspezifische Gewalt, insbesondere Gewalt gegen Frauen sowie ihre gravierenden Folgen zu informieren.

Er beinhaltet folgende Massnahmenbereiche

- Kampagnen zu Gewaltprävention und Opferhilfe
- Information spezifischer Betroffenenengruppen oder Settings

¹ <https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/72267.pdf>

² Art. 3 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt vom 11. Mai 2011 (Istanbul-Konvention, SR 0.311.35, Stand 6. Juni 2019), durch die Schweiz ratifiziert am 14. Dezember 2017 und in Kraft getreten am 1. April 2018.

³ [Nationaler Aktionsplan der Schweiz zur Umsetzung der Istanbul-Konvention 2022–2026](#)

- Grundlagen zur Förderung von Gewaltlosigkeit und Geschlechtergleichstellung

Schwerpunkt II, die *Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen und ehrenamtlich Tätigen*, beabsichtigt, dass Fachpersonen und ehrenamtlich Tätige in allen relevanten Disziplinen geschult sind zur Erkennung und zum Umgang mit Opfern von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie gewaltausübenden Personen.

Der NAK definiert zu Schwerpunkt II folgende Massnahmenbereiche:

- Standards und Finanzierung
- Fachpersonen Städte und Gemeinden, Gesundheit, Opferberatung, Justiz und Polizei, Migration, Fachpersonen und freiwillig Tätige Bereich Kinder und Jugendliche

Als *Sexualisierte Gewalt* – Schwerpunkt III – definiert der NAK eine Form von geschlechtsspezifischer Gewalt als Folge von fehlender Gleichstellung der Geschlechter und Machtmissbrauch. Die Begriffe werden hauptsächlich verwendet, um zu verdeutlichen, dass strukturelle, geschlechtsspezifische Machtungleichgewichte Frauen und Mädchen in eine Position bringen, in der sie einem grösseren Risiko ausgesetzt sind, Opfer vielfältiger Formen von Gewalt zu werden. Auch Männer, Jungen und TINA-Menschen können Ziel von geschlechtsspezifischer Gewalt sein. Sexualisierte Gewalt betont, dass diese geschlechtsspezifische Dimension bei sexueller Gewalt besonders relevant ist und beim Umgang sowohl mit Opfern als auch mit Gewaltausübenden zu berücksichtigen ist.

Dieser Schwerpunktbereich bezweckt die Verhütung und Bekämpfung von sexualisierter Gewalt, wobei der Schutz von Gewaltopfern und die Berücksichtigung der Bedürfnisse besonders vulnerabler Gruppen im Zentrum des Handelns stehen. Schwerpunkt III enthält folgende Massnahmenbereiche:

- Kampagnen und Information zu sexualisierter Gewalt
- Grundlagen und Daten zum besseren Opferschutz
- Internationales Engagement gegen sexualisierte Gewalt

Datenlage

Zu Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt existieren Daten auf nationaler und kantonaler Ebene.

Gemäss Bundesamt für Statistik⁴ registrierte die Polizei im Jahr 2024 auf nationaler Ebene 21'127 Straftaten im häuslichen Bereich, davon 26 Tötungsdelikte. Bei den Opfern von Delikten häuslicher Gewalt handelt es sich mehrheitlich um weibliche Personen (rund 70%). Wie bereits in den Vorjahren wurde auch 2024 eine Zunahme von polizeilich registrierten Straftaten im Bereich häuslicher Gewalt festgestellt, wobei davon ausgegangen werden muss, dass die Dunkelziffer hoch ist und viele Fälle häuslicher Gewalt behördlich nicht bekannt sind.

Bei den Opfern der vollendeten Tötungsdelikten handelte es sich 2024 um 19 weibliche und 7 männliche Personen. Im ersten halben Jahr 2025 wurden in der Schweiz schon 18 Tötungsdelikte an Frauen und Mädchen verzeichnet, d.h. weibliche Personen, welche von ihrem (Ex-)Partner, Vater oder von einem anderen Mann getötet wurden. Angesichts dieser alarmierenden Situation hat der Ausschuss zur Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Bund, Kantone und Gemeinden) im Juni 2025 entschlossenes und koordiniertes politisches Handeln gefordert und dringliche Massnahmen definiert.⁵

Auch im Kanton Bern wurde 2024⁶ erneut eine Zunahme (+14%) von polizeilich registrierten Straftaten im Bereich häusliche Gewalt festgestellt, wobei 5 von 6 registrierten Straftaten pro Tag im häuslichen Bereich stattfanden.

Auch das Inselspital und die Kinderschutzgruppe des Inselspitals berichten von Fallzunahmen, wie auch die Beratungs- und Schutzangebote des Kantons. Im Kanton Bern verzeichnete im letzten Jahr der Verwaltungskreis Bern-Mittelland den höchsten Anteil an Polizeieinsätzen mit strafrechtlichen Anzeigen zu häuslicher Gewalt (34%, gefolgt vom Verwaltungskreis Biel-Bienne mit 18%). Auch im Kanton Bern liegt der Anteil der registrierten weiblichen Opfer bei rund 70%. Gewaltausübende sind vorwiegend männlichen Geschlechts (75%).

⁴ www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kriminalitaet-strafrecht/polizei/haeusliche-gewalt.html

⁵ [Medienmitteilung vom 26.6.2025](#)

⁶ [Jahresbericht 2024 "Häusliche Gewalt im Kanton Bern" der Berner Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt](#)

Die polizeilichen Daten berücksichtigen nur Formen häuslicher Gewalt, die im Zusammenhang mit einer Straftat stehen. Während Frauen von physischer und insbesondere wiederholter schwerer Gewalt stark betroffen sind, betrifft psychische Gewalt Frauen und Männer gleichermaßen.⁷

In rund 60% der kantonalepolizeilichen Einsätze gegen häusliche Gewalt sind Kinder mitbetroffen.⁸

Gemäss Pro Senectute nehmen häusliche Gewalt und Missbrauch auch im Alter markant zu, indem sich die Fälle innerhalb von 10 Jahren verdoppelten.⁹ Da die Gewalt an älteren Menschen oft mit Überlastungen von pflegenden Angehörigen einhergeht, ist Gewalt im Alter noch stärker schambehaftet als bei anderen Altersgruppen und wird Gewalt im Alter mehrheitlich von Frauen ausgeübt, da diese stärker die Pflege ihrer Angehörigen involviert sind als Männer.¹⁰

Massnahmen und Strukturen Bund und Kanton Bern

Gestützt auf die Ratifizierung der Istanbul Konvention im Jahr 2018 hat der Bund den Nationalen Aktionsplan (NAP IK) mit 44 Massnahmen und den drei im Postulat erwähnten Schwerpunkten Sensibilisierung, Aus- und Weiterbildung sowie sexualisierte Gewalt verabschiedet. 2021 haben Bund und Kantone eine Roadmap zur häuslichen Gewalt unterzeichnet.¹¹ Im November 2025 lanciert das Eidgenössische Departement des Innern eine nationale Sensibilisierungskampagne zu allen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt.

Der Kanton Bern setzt sich seit der Ratifizierung der Konvention im 2018 gegen häusliche Gewalt ein. Unter der Leitung der Regierungsstatthalter:innen, die ihrerseits Aufgaben zur Bekämpfung der häuslichen Gewalt wahrnehmen, finden im Kanton Bern regelmässig regionale Runde Tische statt. An diesen Runden Tischen diskutieren Behörden, Stellen und Institutionen des kantonalen Interventions- und Hilfesystems Massnahmen, Interventionen und neue Entwicklungen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt mit dem Ziel der kontinuierlichen Verbesserung.

Gestützt auf eine umfassende Bestandesaufnahme der Schweizerische Konferenz gegen Häusliche Gewalt zur Umsetzung der Istanbul Konvention auf kantonalen Ebene hat der Kanton Bern an einem Runden Tisch im Jahr 2018 die Diskussion zur Umsetzung der Istanbul Konvention lanciert. In der kantonalen "Analyse und Umsetzung der Istanbul Konvention"¹² hat der Kanton Bern 2021 sieben Schwerpunktthemen definiert und entsprechende Strukturen aufgebaut und weiterentwickelt. Die Berner Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt des Generalsekretariats der Sicherheitsdirektion wurde mit der Koordination der Umsetzung der Istanbul-Konvention beauftragt.

Im Bereich der *Beratung* zu und des *Schutzes* vor häuslicher Gewalt ist im Kanton Bern ein Netzwerk von Polizei, Behörden, Spitälern und privaten Institutionen tätig:

- Die Opferhilfe-Beratungsstellen beraten und unterstützen Personen, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität verletzt wurden.
- Das Inselspital leistet Früherkennung, medizinische Versorgung und Beratung. Mit der Kinderschutzgruppe verfügt das Inselspital zudem über eine interdisziplinäre Abklärungs- und Beratungsstelle im freiwilligen Kinderschutz. Es gibt Gruppenangebote für betroffene Frauen, Männer sowie Kinder und Jugendliche. Die Berner Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt der Sicherheitsdirektion des Kantons Berns bietet Hilfe für Betroffene, Institutionen und Zeug:innen sowie Gewaltberatung und ein Täter:innen-Lernprogramm gegen häusliche Gewalt an.
- Die Frauenhäuser für Frauen und Kinder, das Schutzhaus "ZwüscheHalt" für Männer, die Not-schlafstelle Pluto für Jugendliche und die neue FINTA Not-schlafstelle der Stadt Bern bieten Betroffenen Schutz und Beratung. Über die Hotline AppElle! sind die Frauenhäuser rund um die Uhr telefonisch erreichbar.

⁷ Vgl. Eidg. Büro für die Gleichstellung zwischen Mann und Frau: Infoblatt A4, Zahlen zu häuslicher Gewalt in der Schweiz, Juni 2020

⁸ [Jahresbericht 2024 "Häusliche Gewalt im Kanton Bern" der Berner Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt](#)

⁹ [Pro Senectute: Zahlen und Fakten Gewalt im Alter](#)

¹⁰ <https://alterrohnegehalt.ch/gewaltimalter/#gewaltbeialtenpaaren>

¹¹ [Beilage: Beilage-Bericht-19.05.2021-de \(PDF\)](#)

¹² [Roadmap Häusliche Gewalt](#)

- Für Paare und Familien stehen die Beratungsstelle frabina für binationale Paare und Familien und die Paar- und Familienberatungsstellen der reformierten Kirchen zur Verfügung.
- Die Mütter- und Väterberatungsstellen haben den Auftrag zur Früherkennung und bieten Coachings zu Kinderschutzfragen an.
- Die Bernische Ombudsstelle für Alters-, Betreuungs- und Heimfragen informiert und berät zu Gewalt im Alter im privaten wie im institutionellen Setting.
- Eine wichtige Rolle nehmen auch die NGO's brava und Frieda ein, welche Weiterbildungen und die Informations- und Sensibilisierungskampagnen "16 Tage gegen Gewalt an Frauen*" umsetzen.
- Das Angebot "gggfon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus", mit welchem auch die Gemeinde Köniz einen Leistungsvertrag hat, bietet kostenlose Beratungen und Interventionen u.a. zu Gewalt im öffentlichen Raum an.

Massnahmen und Strukturen Gemeinde Köniz

In der Gemeinde Köniz sehen sich verschiedene Verwaltungsstellen regelmässig mit von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt Betroffenen konfrontiert.

Die **Abteilung Soziales** ist mit dem Dienstzweig Kindes- und Erwachsenenschutz und dem Dienstzweig Sozialberatung am direktesten und regelmässig mit der Thematik der häuslichen Gewalt befasst. Die Klient:innen werden je nach Situation abgeklärt, beraten und entsprechende Massnahmen ausgelöst respektive an die passenden Stellen weitertrigiert.

Sowohl in der Sozialberatung wie im Kinds- und Erwachsenenschutz zeigen sich als grösste Herausforderung die fehlenden oder der Situation nicht angemessenen Schutzplätze. In den Frauenhäusern herrscht Platzmangel. Besonders anspruchsvoll ist es, Plätze für Frauen mit Kindern zu finden. Männliche Kinder sind ab einem gewissen Alter in den Frauenhäusern nicht mehr zugelassen. Kinder im Schulalter stellen zum Teil ein Sicherheitsrisiko dar, aufgrund der Zurückverfolgung der Kinder in das Frauenhaus.

Da Gewaltproblematiken oft mit Mehrfachbelastungen und insbesondere psychischen Erkrankungen einhergehen, wären in vielen Fällen psychotherapeutische Massnahmen erforderlich, wo jedoch lange Wartezeiten bestehen und geeignete Therapieplätze fehlen. In vielen Fällen sind Trennungen die Folge von Gewaltsituationen. Bei Personen, die in der Sozialhilfe sind, ist – im Unterschied zu den Gefährdungsmeldungen in Verantwortung des Kindes- und Erwachsenenschutzes – die Sozialberatung direkt verantwortlich. Die grösste Herausforderung sind dabei fehlende finanzierbare Wohnungen, so dass die Frauen oft zusammen mit gewaltbetroffenen Kindern in der Paarwohnung verharren müssen. Ebenso sind aufenthaltsrechtliche Konsequenzen oftmals ein Hindernis für die Auflösung von Gewaltsituationen.

Der Erwachsenenschutz umfasst auch Beistandspersonen von Tätern. Wenn dabei keine Kinder betroffen sind, erfolgt in diesen Fällen nur eine Meldung zum Regierungsstatthalteramt und Täter:innen erhalten lediglich eine Aufforderung zu Täter:innenberatung, was aus Sicht der Fachpersonen problematisch ist.

Bei denjenigen Fällen, die mit Polizei-Interventionen einhergehen, ist die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei betreffend Meldewege und Triagen zuweilen unklar.

Auch der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den in die Fälle involvierten Fachstellen ist oft zu wenig klar und lückenhaft.

In der **Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport** sieht sich die Schulsozialarbeit regelmässig mit dem Verdacht auf häusliche Gewalt konfrontiert. Sie wirkt bei der Einschätzung der Gefährdung von Kindern durch direkte Gewalt oder das Miterleben von Partnerschaftsgewalt beratend mit und unterstützt die Schule bei den entsprechenden Massnahmen. Die Schulsozialarbeit hat gegenüber ihren Vorgesetzten (Schulleitung am Standort) eine Meldepflicht und bleibt idealerweise für alle Beteiligten im Prozess beratend involviert. Oft sind die Schulsozialarbeitenden auch die erste Anlaufstelle für Kinder, wenn sie sich zum ersten Mal diesbezüglich äussern. Bei Bedarf triagiert die Schulsozialarbeit Eltern an Opferberatungsstellen. Bei Meldungen einer möglichen Kindeswohlgefährdung arbeitet sie eng mit der Fachstelle Abklärung des Dienstzweigs Kinds- und Erwachsenenschutz zusammen. Die Schulsozialarbeit hat auch die Aufgabe, die Schulleitungen und Lehrpersonen bei Vorfällen von Gewalt an Frauen/häuslicher Gewalt zu beraten. Die Thematik ist im Lehrplan 21 nicht abgebildet.

An die Kinder- und Jugendarbeitenden werden Gewaltthemen selten direkt adressiert. Wenn sich jedoch Hinweise auf Gewaltbetroffenheit der Kinder und Jugendlichen ergeben, triagieren die Kinder- und Jugendarbeitenden die Fälle an den Fachbereich Prävention. In der Arbeitsgruppe Früherkennung erarbeitet die Juk zudem aktuell systematische Abläufe zum Thema Kindsschutz aus.

Im Vorschulbereich ist die Gewalt an Frauen und Mädchen im Rahmen des Hausbesuchsprogramms schrittweise ebenfalls regelmässig, und sowohl in schweizerischen wie ausländischen Haushalten ein Thema, das von den Hausbesucherinnen umgehend aufgenommen wird. Das Hausbesuchsprogramm arbeitet dabei eng mit der Mütter- und Väterberatung zusammen, wobei diese primär den Kindsschutzbereich abdeckt. Vorkommnisse im Bereich der Gewalt unter den Erwachsenen können hier weniger abgedeckt werden und es fehlt hier an fachlicher Beratung im Bereich des freiwilligen Erwachsenenschutzes.

Zu den im Vorstoss erwähnten **Themenbereichen des Nationalen Aktionsplans** (*Information und Sensibilisierung der Bevölkerung, Aus- und Weiterbildung* von Fachpersonen und ehrenamtlich Tätigen sowie *sexualisierte Gewalt*) gab und gibt es in der Gemeinde Köniz vereinzelte, jedoch bisher unkoordinierte Massnahmen.

Im Bereich der *Information und Sensibilisierung der Bevölkerung* zum Thema Gewalt gegen Frauen/häusliche Gewalt und der *sexualisierten Gewalt* werden beispielsweise im Projekt des Fachbereichs Prävention "Köniz schaut hin" Bezugspersonen von Kindern und Jugendlichen zu verschiedenen Themen beraten und unterstützt, so auch zu Konfliktlösung, Mobbing- und Gewaltprävention oder Intervention bei sexueller Grenzverletzung, Ausbeutung und Belästigung.

Einzelne Schulstandorte greifen zusammen mit Fachpersonen mit dem Bilder- und Erzählbuch „Imi fliegt“ das Thema häusliche Gewalt und Trennung auf. In der 3. bzw. 4. Klasse durchlaufen die Kinder aller Schulhäuser den Parcours „Mein Körper gehört mir“. Im Zyklus 3 wird das Präventionsprojekt „Herzprung“¹³ jährlich flächendeckend durchgeführt. Das Programm zielt spezifisch auf die Förderung der Beziehungskompetenzen und eines respektvollen und gewaltfreien Umgangs in jugendlichen Paarbeziehungen ab. Auch das Projekt „Ja, Nein, Vielleicht“ <https://janeinvielleicht.ch/> wird punktuell angeboten.

Neben den bereits genannten Präventionsprojekten „Köniz schaut hin“ und „Herzprung“ legt der Fachbereich Prävention, basierend auf der Ethikcharta der Gemeinde Köniz¹⁴, derzeit besonderen Fokus auf die Verhinderung sexueller Übergriffe und die Förderung gesunder Aufwuchsbedingungen.

Die Juk Köniz weist im Rahmen ihres Informations- und Beratungsauftrags kontinuierlich auf die Kinder- und Jugendangebote für Gewaltbetroffene hin, wie etwa das Telefon 147 oder die Notschlafstelle Pluto. In den Beratungssettings und den Kursangeboten der Gemeinde liegen die Notfallkarte und das Faltblatt zur Notfallkarte der Berner Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt auf. In einzelnen Kursen für die Migrationsbevölkerung wird das Thema Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt aufgegriffen. Im Altersbereich wird das Thema im Kontext der Betreuung und Pflege von Angehörigen bei Bedarf aufgegriffen und werden entsprechende Informationsmaterialien abgegeben.

Im Bereich der *Aus- und Weiterbildung* von Fachpersonen und ehrenamtlich Tätigen hat unter Einbezug der Fachstelle Häusliche Gewalt und Stalking der Stadt Bern im April 2025 eine Weiterbildung für die Schulsozialarbeitenden der Gemeinden Köniz stattgefunden. Auch die Mitarbeitenden des Hausbesuchsprogramms schrittweise bilden sich regelmässig zum Thema weiter.

Die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen zum Thema erfolgt nur punktuell.

In der Sozialberatung und im Kinds- und Erwachsenenschutz wie in der Beratung der Alters- und der Integrationsbeauftragten und der offenen Kinder- und Jugendarbeit Köniz (juk) gehören Kenntnisse der Thematik zur Grundausbildung. Diese werden nach individuellem Bedarf aufgefrischt. Aus Sicht der Fachpersonen wäre jedoch eine Sensibilisierung respektive Weiterbildung der ersten Anlaufstellen der Verwaltung wichtig, beispielsweise des Schalterpersonals der Gemeinde und der Einwohnerdienste.

Im Bereich der ehrenamtlich Tätigen fand im Altersbereich bisher keine spezifische Weiterbildung zum Thema statt, das Thema wird jedoch mit den Freiwilligen thematisiert. Die im NAK explizit erwähnten Freiwilligen im Jugendbereich, namentlich die Sportvereine, Pfadfinder und die Könizer Jugendgruppen Dachorganisation (KJGO), wurden im Rahmen von "Köniz schaut hin" sensibilisiert und das Beratungsangebot der Fachstelle Prävention, Kinder- und Jugendarbeit (FPKJ) steht ihnen bei Fragen und

¹³ <https://education21.ch/de/bildungsaktivitaet/herzprung-freundschaft-liebe-und-sexualitaet-ohne-gewalt>

¹⁴ Ethikcharta der Gemeinde Köniz

Vorfällen jederzeit zur Verfügung. Einzelne Vereine sensibilisieren ihre Mitarbeitende regelmässig mit Unterstützung der Fachstelle.

Der Themenbereich der *sexualisierten Gewalt* ist bei den Fällen, mit denen die Verwaltungsmitarbeitenden im Kontakt stehen oftmals ein integraler Bestandteil der Problematik. Spezifisch erfasst werden Vorfälle von sexualisierter Gewalt in der Statistik Fallberatung der FPKJ. Von den jährlich ca. 130 Anfragen bei der Fachstelle Prävention betrifft ca. ein Viertel der Fälle den Themenbereich der Sexualisierten Gewalt.

2. Einschätzung des Handlungsbedarfs

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Entwicklungen der häuslichen und geschlechtsspezifischen Gewalt und der Tötungsdelikte an Frauen und Mädchen schweizweit und im Kanton Bern besorgniserregend sind.

Die Gemeinde berät gewaltbetroffene Kund:innen und Klient:innen bestmöglichst und triagiert diese an die weitreichenden Angebote im Kanton Bern. In erster Linie fehlt es jedoch an Therapieplätzen und Schutzplätzen. Handlungsbedarf besteht zudem beim Austausch und der Koordination unter den Fachpersonen und mit der Polizei.

In den Schwerpunktthemen des Nationalen Aktionsplans gibt es in der Gemeinde einige Massnahmen, es fehlt jedoch an einem entsprechenden Auftrag und der damit einhergehenden Gewichtung der Thematik, an einem an den best practice Beispielen orientierten Massnahmenplan und an klaren Zuständigkeiten und einem koordinierten Vorgehen.

Angesichts der Zunahme von Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt und deren individuellen wie gesellschaftlichen Folgen sind für die Umsetzung der Istanbul Konvention alle föderalen Ebenen gefragt. Damit kann Leid gemindert und können Folgekosten verhindert werden.

Der Gemeinderat begrüsst daher das Anliegen der Motionär:innen, einen kommunalen Aktions- und Massnahmenplan zur Verhütung und Bekämpfung geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt zu entwickeln.

3. Finanzen

Für die Erarbeitung eines stufengerechten Aktions- und Massnahmenplans gegen Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt sind aktuell keine personellen und finanziellen Ressourcen vorhanden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat wird erheblich erklärt.

Köniz, 06.08.2025

Der Gemeinderat

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Wir fahren mit Traktandum 6 weiter, V2503, Postulat SP/JUSO, «Umsetzung Istanbul-Konvention». Das ist eine Beantwortung der Direktion Bildung und Soziales. Das Wort hat die Erstunterzeichnerin Isabel Steiner.

Erstunterzeichnerin Isabelle Steiner, SP Frauen: Besten Dank für die ausführliche und positive Beantwortung von unserem Postulat. Die in der Antwort aufgezählten Fakten reden eine deutliche Sprache: Täglich erleben vor allem Frauen partnerschaftliche oder familiäre Gewalt, in körperlicher, psychischer, sexueller oder wirtschaftlicher Form. Seit Januar sind 22 Frauen und Mädchen von ihrem Partner

oder Ex-Partner, von ihrem Vater oder von einem anderen Mann getötet worden, welche mit ihnen in einer sozialen Beziehung standen. Die jüngsten Fälle waren erst letzte Woche in der Schlagzeile.

Zwischen der Einreichung des Postulats und der Beantwortung durch den Gemeinderat hat Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider deshalb Alarm geschlagen. Der Ausschuss für die Koordination der Umsetzung der Istanbul-Konvention hat in einer ausserordentlichen Sitzung bekräftigt, dass jetzt endlich alle Staatsebenen aktiv werden und ihr Vorgehen miteinander koordinieren müssen. Auch die Zivilgesellschaft soll mit einbezogen werden.

Tatsächlich hat die Gemeinde eine ganze Reihe von Möglichkeiten, ihren Beitrag zu leisten, damit wir häusliche Gewalt als Gesellschaft wirkungsvoll vermeiden und bekämpfen können. In der Vorstossantwort wird aufgezeigt, dass viele Stellen bereits mit der Thematik der häuslichen Gewalt konfrontiert sind und nach bestem Wissen und Gewissen darauf versuchen, zu reagieren. Gleichzeitig wird aber auch aufgezeigt, dass wir in Köniz noch weit von einem systematischen, zielgerichteten und koordinierten Vorgehen entfernt sind. Schulsozialarbeit, Schulleitungen, Sozialdienst, Kinder- und Erwachsenenschutz, Jugendarbeit, Opferhilfe und Polizei beschäftigen sich zwar alle mit dem Thema, arbeiten aber weder gross zusammen noch scheinen sie ihr Wissen zu teilen. Die bestehenden Hilfs- und Beratungsangebote sind noch wenig bekannt und müssten aktiver in die breite Öffentlichkeit getragen werden, um Zielgruppen, wie beispielsweise pflegebedürftige alte Menschen, Menschen ohne Behördenkontakt oder Kinder, die Zeugen von häuslicher Gewalt werden, zu erreichen.

Weiter hat die Gemeinde als Arbeitgeberin auch eine Rolle, wenn Mitarbeitende zu den Betroffenen gehören. Dazu müssen die Vorgesetzten das notwendige Wissen haben. Auch eine zentrale Ansprechstelle innerhalb der Verwaltung für andere Verwaltungs- und Fachstellen könnte sinnvoll sein, um das Wissen gebündelt zur Verfügung zu stellen, involvierte Stellen zu vernetzen und die Synergien eben auch zu nutzen. Aus- und Weiterbildungen werden zwar gemacht, aber eher punktuell und noch nicht in allen relevanten Bereichen. Weiter ist es auch wichtig, dass das Wissen, das in Weiterbildungen erworben wird, dann auch in die Handlungsabläufe der eigenen Organisation einfließen. Auf der Prozessebene scheint noch wenig institutionalisiertes Wissen vorhanden zu sein und dort gibt es noch Handlungsbedarf. Es gibt aber auch Herausforderungen, die man regional lösen muss und in Zusammenarbeit mit kantonalen Stellen. Zum Beispiel der akute Mangel an Schutzplätzen und die psychologische Versorgung.

Auch die Mitwirkung bei der interinstitutionellen Analyse von Fällen scheint noch ungeklärt zu sein. Offen bleibt auch die Eingliederung und die Zusammenarbeit im Bereich des kantonalen Betreuungsmanagements als zentrale Schnittstelle zur Bearbeitung von Gefährdungssituationen. Gerade weil häusliche Gewalt per Definition im Privaten stattfindet, sind Opfer besonders schwer zu erkennen. Die Scham und häufig auch emotionale, finanzielle, physische oder rechtliche Abhängigkeiten führen dazu, dass die Menschen nicht offen darüber sprechen können und in ihren Gewaltbeziehungen gefangen bleiben. Jeder Kontakt mit einer Behörde, einer Lehrperson, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz oder in der Gesundheitsversorgung ist eine Chance, dass die missliche Lage erkannt wird. Das geht aber nur, wenn die entsprechenden Personen auch darauf geschult sind, wenn sie die Anzeichen erkennen und wenn sie die richtigen Fragen stellen können. Das Wissen braucht es dann, um richtig reagieren zu können. Ein falsches Vorgehen kann dazu führen, dass die Gewalt zu Hause erst recht eskaliert.

Da braucht es viel Fingerspitzengefühl und auch konkretes Wissen über die Thematik, Wissen über die Mechanismen der Gewalt, Chancen und Gefahren von Interventionen, Wissen über bestehende Beratungsangebote und Hilfeleistungen für Opfer und über Angebote für Gewaltausübende.

Die Gemeinde steht hier in der Verantwortung: Mit einem koordinierten Vorgehen kann sie Akteurinnen und Akteure vernetzen, Prozesse etablieren, ihr eigenes Personal und eben auch freiwillig Tätige weiterbilden und sensibilisieren. Schulen und Vereine, Quartierarbeitsstellen kann sie mit Best-Practice-Abläufen unterstützen, die Gemeinde kann die breite Öffentlichkeit über die Thematik informieren und die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und dem Regierungsstatthalteramt verbessern. Im regionalen Verbund kann die Gemeinde nach geeigneten Liegenschaften für mehr Schutzplätze suchen. Es gibt also noch viel zu tun - an dieser Stelle soll aber auch erwähnt sein, es ist schon viel vorhanden. Die Lücke kann der Gemeinderat und die Verwaltung sicher selber am besten benennen.

Der Aktions- und Massnahmenplan an sich muss dabei keine kostspielige Angelegenheit sein, sondern es geht darum, die Sachen zu bündeln und an bestehende Ressourcen anzuknüpfen, Abläufe zu standardisieren, Wissen zu sammeln, Handlungsfelder zu identifizieren und Ziele zu definieren. Darauf basierend können dann unsere Ressourcen auch zielgerichtet und effektiv eingesetzt und Lücken gezielt geschlossen werden. Andere Gemeinden haben bereits die Aktions- und Massnahmenpläne umgesetzt, von denen kann Köniz sicher auch profitieren und davon einiges übernehmen. Auf regionaler Ebene bestehen schon Austauschgefässe, wo das Thema eingebracht und angesprochen werden kann. Auf all dem lässt sich aufbauen.

Wir haben heute hier die Möglichkeit, der Gemeinde den Auftrag zu erteilen, sich diesen Herausforderungen anzunehmen, die eigene Verantwortung zu anerkennen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit der Könizerinnen und Könizer zu leisten.

Die SP/JUSO-Fraktion wird das Postulat einstimmig erheblich erklären.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, Klaus von Muralt, Grüne: Häusliche Gewalt ist ein Thema, das geht uns alle an. Wer von uns hat nicht schon einmal eine Situation in der Nachbarschaft erlebt, bei welcher man gedacht hat, das klingt nicht gut? Das Geschrei oder diese Schreie sind nicht normal, ich muss etwas machen. Und dann haben wir eben trotzdem nichts gemacht. Häusliche Gewalt ist ein Thema, das einem nahe geht, auch wenn man der Sache nicht nachgeht. Die aktuellen nationalen Zahlen – ihr habt es zuvor gehört – und die Entwicklung bei der Gewalt im häuslichen Bereich, besonders bei der Gewalt an Frauen und Mädchen, ist wirklich erschreckend.

Aber was können wir jetzt hier in Köniz dagegen machen? Oder dafür machen, dass Kinder und Erwachsene besser vor häuslicher Gewalt geschützt werden? Damit diejenigen, die potenzielle Gewalttaten ausüben könnten, davon abgebracht werden? Damit auch diejenigen, die Gewalt im häuslichen Bereich erleben, wissen, was sie machen können und an wen sie sich wenden können, um Hilfe zu erhalten? Und damit diejenigen, die häusliche Gewalt in der Nachbarschaft mitbekommen, eben nicht untätig bleiben? Die Ausarbeitung eines kommunalen Aktions- und Massnahmenplans als Ableitung des nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention ist ein wichtiger Schritt, den wir als Gemeinde machen können.

Sicher, es wird auch bereits einiges gemacht. So leistet zum Beispiel die Fachstelle Prävention der Gemeinde Köniz mit Projekten wie «Mein Körper gehört mir», «Herzprung» oder «Köniz schaut hin», einen wichtigen Beitrag dazu, dass unsere Kinder und Jugendliche auf das Thema körperliche Grenzen, Gewalt und sexuelle Übergriffe sensibilisiert werden.

Im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen, darunter zum Beispiel im Lehrpersonal, könnte aber sicher noch mehr gemacht werden und auch um die breite Öffentlichkeit, besonders für uns Erwachsene für das Thema zu sensibilisieren und interessierten Personen die Möglichkeit zu bieten, sich im Umgang mit Situationen von häuslicher Gewalt zu befähigen, sodass wir alle – wir über 44'000 Menschen in dieser Gemeinde – hinschauen und auf einander acht geben können. Die Fraktion Grüne/Junge Grüne unterstützt darum einstimmig den Antrag des Gemeinderates, das Postulat zur Umsetzung der Istanbul-Konventionen der Gemeinde Köniz erheblich zu erklären.

Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Katja Streiff, EVP: Das Thema ist wichtig, es muss hingeschaut werden. Ich wiederhole jetzt nicht noch einmal meine zwei Vorredner:innen, welche das bereits sehr gut erläutert haben.

In Köniz gibt es aber auch schon viel Engagement und Fachwissen und das verdient ausdrücklich unsere Anerkennung. Wir haben es gehört, das Programm «Köniz schaut hin» unterstützt Bezugspersonen von Kindern und Jugendlichen bei Gewaltprävention, Konfliktlösungen und auch Interventionen bei sexueller Grenzüberschreitung und Verletzung. Schulen bieten Projekte wie «Mein Körper gehört mir», «Herzprung» und «Ja, Nein, Vielleicht». Auch die JUK Köniz ist engagiert und verweist kontinuierlich auf die Angebote für Gewaltbetroffene. Schulsozialarbeitende oder auch das Hausbesuchsprogramm «Schrittweise», Lehrpersonen und weitere Fachpersonen leisten hier seit vielen Jahren wertvolle Arbeit. Und was in der Beantwortung nicht aufgeführt wurde, aber einen unglaublich wichtigen Beitrag leistet, ist auch die Erziehungsberatungsstelle, an der bereits Psychologinnen und Psychologen vor Ort arbeiten und mit welchem wir ein Angebot auf Platz haben, hier in Köniz.

Ja, die Angebote und die Arbeit verdienen unser Respekt und Dank. Und dennoch: Es gibt Handlungsbedarf, wir haben es gehört. Die Massnahmen sind bisher nicht flächendeckend und unkoordiniert. Lehrpersonen bekommen nur punktuell Weiterbildungen und im Altersbereich hat es bislang gar keine spezifischen Schulungen für Freiwillige gegeben. Und Therapie- und Schutzplätze sind knapp, hier braucht es dringend konkrete Handlungen, damit Betroffene rasch unterstützt werden. Der Gemeinderat sieht das auch und sagt in seiner Antwort, dass mit der vorhandenen Fachkompetenz und den bestehenden Strukturen deutlich mehr Wirkung erzielt werden könnte, wenn diese auch besser koordiniert würden.

Einsicht ist ein wichtiger Schritt. Denn wenn man weiter liest, schreibt er in seiner Antwort auch, dass finanziell keine Mittel eingestellt sind. Für die EVP-GLP-Mitte-Fraktion ist klar, es braucht eine gute Koordination unserer vorhandenen Fachstellen. So können nämlich finanzielle Mittel weitgehend innerhalb der bestehenden Ressourcen genutzt werden. Und uns ist auch wichtig zu sagen: Gewalt trifft den Menschen, unabhängig von Geschlecht und Alter. Jede Betroffene und jeder Betroffene verdient

Schutz, Unterstützung und Respekt. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, den Betroffenen zu helfen und darum unterstützt auch die EVP-GLP-Mitte-Fraktion das Postulat einstimmig.

Fraktionssprecher SVP, Reto Zbinden, SVP: Ja, wieso stehe ich jetzt als Mann hier? Ich bin vor allem hier, weil Kathrin Gilgen krank ist und ich sie vertrete. Aber so falsch bin ich auch gar nicht, es gibt nämlich auch Gewalt von Frauen an Männern: Aktuelle Erhebungen zeigen, dass etwa ein Viertel der Opfer von häuslicher Gewalt männlich ist. Aber hier geht es jetzt nicht in erster Linie um das. Hier geht es um Gewalt gegen Frauen – sie ist im Fokus und da ist es auch richtig, dass wir hier genau hinschauen und Massnahmen ergreifen.

Vielleicht seid ihr überrascht, aber ich bin wirklich der Meinung, dass man dieses Postulat machen kann. Wenn schon, dann aber richtig: Es bringt nichts, wenn wir hier Massnahmen gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt beschliessen, gleichzeitig aber wesentliche Fakten verschweigen. Beispielsweise die Auswertung über die Herkunft der Täter. Das darf nicht mehr länger verschleiert werden. Nur wenn wir alle relevanten Daten offen legen, können wir auch wirksame Strategien entwickeln.

Für mich ist dies eines der grössten Rätsel, insbesondere von der linken Politik: Man kämpft überall für Gleichberechtigung, man schiesst manchmal sogar ein bisschen über das Ziel hinaus. Ich habe gerade letzte Woche eine Mail erhalten, dass wir jetzt im Vorstand in unserem Sportverein einen Frauenanteil von 40% brauchen, sonst werden uns die Jugend- und Sport-Gelder gestrichen. Und das, obschon es bereits jetzt schon schwierig ist, überhaupt Leute zu finden, die das machen wollen. Ich hätte noch zahlreiche weitere Beispiele. Und gleichzeitig importiert man aber ganz bewusst Kulturen in der Schweiz, die Frauen nicht als gleichwertig betrachten. Und das ist eben nicht nur in einem extremen Islam das Problem, es gibt auch andere Kulturkreise, in denen die Unterdrückung der Frau tief verankert ist. Und leider werden diese Realitäten aus ideologischen Gründen immer wieder verschwiegen.

Dabei sind die Zahlen eindeutig: Sogar das linke Portal «Watson» schreibt in seinem Artikel «Warum Männer ihre Frauen umbringen», dass der Anteil der ausländischen Täter bei tödlicher Gewalt in der Familie in der Schweiz bei über 50% liegt. Bei tödlicher Gewalt innerhalb der Familie liegt er sogar bei 61%, das ist fast das zweieinhalbfache des Bevölkerungsanteils und das kann man einfach nicht immer ignorieren. Wenn man Gewalt und insbesondere Gewalt gegen Frauen wirklich bekämpfen will, muss man das offenlegen.

Wie gesagt, wir werden dem Postulat nicht im Weg stehen und erwarten aber, dass man bei der Umsetzung diesen Teil auch bekannt gibt.

Géraldine Boesch, SP Frauen: Ich möchte gerne noch auf das Votum des Reto-Zbinden eingehen: Man kann die Diskussion führen, aber sicher nicht in dem Rahmen, ohne die Statistiken und sie genau anzuschauen. Einfach nur populistische Sachen zu verkünden, das hat keinen Wahrheitsgehalt.

Gemeinderat Thomas Marti, GLP: Vorab herzlichen Dank für die gute Aufnahme – besser gesagt, dafür dass ihr dem Antrag des Gemeinderates folgt und das Postulat überweisen wollt.

Es erscheint mir sehr wichtig, dass man in dem Bereich, vor allem die Koordination - es ist eigentlich alles erwähnt worden, was man sicher im nächsten Schritt machen kann. Wir sind vom Gemeinderat her gewillt, dass wir dort auch einen Massnahmen- und Umsetzungsplan erstellen. Es ist aber sicher nicht nur Sache der Gemeinde. Wir können die grossen Probleme und die häusliche Gewalt, die uns alle angeht, nicht nur in unserer Gemeinde lösen, sondern wir müssen sicher auch gerade für Schutzplätze, in der Region und mit dem Kanton weiter schauen und auch dort die Koordination verstärken. In dem Sinn herzlichen Dank für die gute Aufnahme.

Beschluss

Das Postulat wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigend)

PAR 2025/59

V2514 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Informations- und Cybersicherheit in der Gemeinde Köniz"

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Vorstosstext

Im Zuge der zunehmenden Digitalisierung und der wachsenden Bedrohung durch Cyberangriffe ist die Sicherheit der IT-Infrastruktur und der Schutz sensibler Daten von hoher Bedeutung. Gemeinden stehen dabei vermehrt im Fokus von Cyberkriminellen, sei es aus finanziellen oder politisch motivierten Gründen. So wurde Ende 2023 die Gemeinde Zollikofen durch eine Ransomware-Attacke schwer getroffen: Trotz zuvor getroffener Sicherheitsvorkehrungen mussten sämtliche IT-Systeme heruntergefahren werden, es entstanden hohe Kosten, ein Reputationsschaden und ein Vertrauensverlust in der Bevölkerung.

Auch die Stadt Bern sowie weitere Gemeinden melden jährlich zahlreiche Cyberangriffe. Viele kommunale Systeme – etwa zur Wasser- und Stromversorgung oder zur Steuerung der öffentlichen Beleuchtung – sind mit dem Internet verbunden und daher besonders anfällig.

Köniz betreibt gemeinsam mit Muri-Gümligen eine Informatikzone (IZ), welche zusätzlich 17 weitere Gemeinden umfasst. Die Verantwortung ist somit breit abgestützt – ein gezieltes Sicherheitsmanagement zentral. Bereits im Jahr 2022 wurde im Gemeinderat Muri eine thematisch verwandte Interpellation behandelt (vgl. [GGR 2022/02-06](#)). Auch der Kanton Bern hat eine Wegleitung zur Cybersicherheit publiziert, an der sich Gemeinden orientieren können.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Massnahmen hat die Gemeinde Köniz in den letzten drei Jahren ergriffen, um die Informations- und Cybersicherheit in der Verwaltung zu verbessern und die Mitarbeitenden für Cyber Risiken zu sensibilisieren?
2. In welchem Rhythmus und in welcher Form werden interne oder externe Sicherheitsüberprüfungen der IT-Systeme (z. B. Penetrationstests, Bug-Bounty-Programme, Audits) durchgeführt, und welche Massnahmen wurden aufgrund allfälliger Erkenntnisse umgesetzt?
3. Welche Massnahmen bestehen zum Schutz vor gängigen Angriffsformen wie Schadsoftware, DDoS-Attacken, Ransomware und Phishing, und wie regelmässig werden diese auf ihre Wirksamkeit geprüft?
4. Werden durch das Informatik-Zentrum amerikanische oder ausser-europäische Cloud-Dienste genutzt, und wie beurteilt der Gemeinderat die damit verbundenen Risiken in Bezug auf Datenschutz, Zugriff durch ausländische Behörden (z. B. Cloud Act) und die allgemeine Cybersicherheit?
5. Welche konkreten Notfallpläne (z. B. IT-Notfallhandbuch, definierte Meldekettten, Wiederanlaufstrategien, Krisenkommunikation) bestehen in der Gemeinde Köniz für den Fall eines Cyberangriffs – insbesondere auch für kritische Infrastrukturen wie Schulen, Heime oder technische Betriebe?
6. Gibt es eine übergreifende Risikoanalyse oder ein IT-Sicherheitskonzept, das auf alle kommunalen Einrichtungen (inkl. Schulen, Heime, Verwaltung und externe Partner) abgestimmt ist – und wer trägt die Gesamtverantwortung für die Koordination im Krisenfall?

Ich danke Ihnen für die Beantwortung dieser Fragen.

Freundliche Grüsse

Sladjan Petrovic
Liebefeld, 01.04.2025

Eingereicht

05.05.2025

Unterschrieben von 23 Parlamentsmitgliedern

Sladjan Petrovic, Andreas Hauser, Roland Akeret, Fabienne Marti Locher, Katja Streiff, Toni Eder, Roger Tanner, Matthias Müller, Sandra Röthlisberger, Janka Hamm, Bülent Celik, Géraldine Boesch, Arlette Münger, Klaus von Muralt, Sara Gasser, Laura Hoffman, Lukas Erni, Christina Aebischer, Monika Röthlisberger, Heidi Eberhard, Casimir von Arx, Christine Müller, Selin López

Antwort des Gemeinderates

1. Frage

Welche Massnahmen hat die Gemeinde Köniz in den letzten drei Jahren ergriffen, um die Informations- und Cybersicherheit in der Verwaltung zu verbessern und die Mitarbeitenden für Cyberrisiken zu sensibilisieren?

In den letzten drei Jahren hat die Gemeinde Köniz umfassende Massnahmen ergriffen, um die Informations- und Cybersicherheit in der Verwaltung zu verbessern. Diese umfassen Schritte auf allen Ebenen, von der Prävention über die abgestimmte IT-Architektur bis hin zur Bewältigung von Cyberangriffen. Diese Bemühungen zielen darauf ab, alle Facetten der Informations- und Cybersicherheit zu stärken und die Mitarbeitenden für Cyberrisiken zu sensibilisieren, um die Verwaltung auf höchstem Niveau zu schützen.

Folgend werden Schwerpunkte aufgelistet, die einen Überblick über getroffene Massnahmen / Aktivitäten geben:

- Neu geschaffene Stelle eines Sicherheitsbeauftragten (Security Officer)
- Entwicklung einer umfassenden Weisung/Strategie für die Informations- und Cybersicherheit, um den spezifischen Bedürfnissen und Risiken der Verwaltung gerecht zu werden.
- Aufbau und Weiterentwicklung eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS).
- Abschluss eines Vertrags mit einem spezialisierten externen Partner zur Unterstützung bei Security Incidents.
- Aufbau eines Computer Security Incident-Response-Teams (CSIRT), welches sich auf die Vorbereitung und Reaktion auf Sicherheitsvorfälle in IT-Systemen konzentriert. Dies mit dem Ziel, Schäden und Ausfallzeiten zu minimieren und den Geschäftsbetrieb wiederherzustellen. Im Team sind Mitarbeitende des Informatikzentrum vertreten wie der IT-Sicherheitsbeauftragte, Netzwerk- und Systemadministratoren, die Fachstellen Recht, Kommunikation und externe Security Experten.
- Organisation von regelmässigen Schulungen und Sensibilisierungsaktionen mittels obligatorischer e-Learnings, um die Mitarbeitenden über Cyberrisiken und die Bedeutung der Informations- und Cybersicherheit aufzuklären. Dazu wurden auch Phishing-Simulationen bei den Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung durchgeführt.
- Durchführung von Netzwerk- und Sicherheitsaudits, um Schwachstellen und Risiken zu identifizieren und zu beheben. Dazu wurde eine externe Firma beauftragt.
- Implementierung von Sicherheitsmassnahmen, wie zum Beispiel:
 - o Firewalls und Intrusion-Detection-Systeme
 - o Verschlüsselung von Daten
 - o Sichere Authentifizierung und Autorisierung
 - o Regelmässige Updates und Patches für Software und Systeme
 - o Einführung eines neuen Backup-Systems mit isolierten und schreibgeschützten Laufwerken.

2. Frage

In welchem Rhythmus und in welcher Form werden interne oder externe Sicherheits-überprüfungen der IT-Systeme (z. B. Penetrationstests, Bug-Bounty-Programme, Audits) durchgeführt, und welche Massnahmen wurden aufgrund allfälliger Erkenntnisse umgesetzt?

Die Gemeinde Köniz führt Sicherheitsüberprüfungen in flexiblen Intervallen durch, je nach Themenbereich und in Abhängigkeit von laufenden Umsetzungsmassnahmen. Die Ergebnisse dieser Überprüfungen werden vertraulich behandelt und dienen als Grundlage zur Verbesserung der Sicherheit unserer IT-Systeme und -Anwendungen.

Im Detail werden die Formen und Methoden unserer internen und externen Überprüfungen aus Sicherheitsüberlegungen an dieser Stelle nicht weiter kommentiert, da dies sensible Informationen über unsere Sicherheitsvorkehrungen und -prozesse enthalten würde, die nicht in Form der vorliegenden öffentlich zugänglichen Interpellationsantwort gemacht werden sollten, um die Sicherheit unserer Systeme und Daten zu gewährleisten. Gerne geben wir aber im vertraulichen Rahmen weitere Auskünfte.

3. Frage

Welche Massnahmen bestehen zum Schutz vor gängigen Angriffsformen wie Schadsoftware, DDoS-Attacken, Ransomware und Phishing, und wie regelmässig werden diese auf ihre Wirksamkeit geprüft?

Die Gemeinde Köniz hat diverse Massnahmen ergriffen, um die Informations- und Cybersicherheit zu gewährleisten, insbesondere im Hinblick auf unterschiedliche Angriffspunkte. Eine neue Weisung zur Informations- und Cybersicherheit wurde verabschiedet, und diverse Richtlinien sind in Arbeit, die sowohl technische als auch organisatorische Massnahmen betreffen. Diese werden in einem übergeordneten Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS) verwaltet. Mitarbeitende werden durch E-Learnings und Informationen im Intranet sensibilisiert.

Folgend werden Schwerpunkte aufgelistet, die einen Überblick über unsere Aktivitäten geben:

- Schutz vor Schadsoftware und Viren: Antiviren-Software; Regelmässige Updates und Patches für Software und Systeme
- Netzwerksicherheit: Firewalls und Intrusion-Detection-Systeme; Netzwerk-Segmentierungen; Sichere Authentifizierung und Autorisierung
- Datenschutz: Verschlüsselte Daten; Backup-System mit isolierten und schreibgeschützten Laufwerken
- Verfügbarkeit und Redundanz: Georedundantes Datacenter.
- Zugriffskontrolle: Sichere Authentifizierung und Autorisierung

Die Wirksamkeit dieser Massnahmen wird regelmässig überprüft, wie bereits in Frage 2 erläutert wurde. Diese Überprüfungen helfen die Sicherheitsvorkehrungen kontinuierlich zu verbessern und sicherzustellen, dass diese auf dem neuesten Stand sind, um Systeme und Daten vor verschiedenen Arten von Angriffen zu schützen.

4. Frage

Werden durch das Informatik-Zentrum amerikanische oder ausser-europäische Cloud-Dienste genutzt, und wie beurteilt der Gemeinderat die damit verbundenen Risiken in Bezug auf Datenschutz, Zugriff durch ausländische Behörden (z. B. Cloud Act) und die allgemeine Cybersicherheit?

Die Gemeinde Köniz nutzt verschiedene Cloud-Dienste, darunter auch solche von US-amerikanischen Anbietern. Der Bundesrat hat die USA auf die Liste der Länder mit angemessenem Datenschutzniveau gesetzt hat ([News Service Bund – das Portal der Schweizer Regierung](#)), was bei der Auswahl unserer Cloud-Dienste berücksichtigt wird.

Die Gemeinde Köniz ist sich bewusst, dass der Cloud Act und andere ausländische Gesetze potenzielle Risiken für den Datenschutz darstellen. Die Gemeinde Köniz arbeitet kontinuierlich daran, die vorhandenen Sicherheitsvorkehrungen zu verbessern und die Daten zu schützen, und passt Strategien stetig

an, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Dazu wird eng mit Partnern und Anbietern zusammengearbeitet.

Der Gemeinderat beurteilt die Risiken als moderat, aber nicht unbedeutend, und hat daher verschiedene Massnahmen ergriffen, um diese Risiken zu minimieren. Unter anderem ist eine Richtlinie für die Verwendung von Cloud-Diensten in Arbeit, die die Klassifizierung und Verschlüsselung von Daten sowie Risikobeurteilungen für alle Cloud-Dienste umfasst. Dies insbesondere in Zusammenhang mit den Vorbereitungsarbeiten zur Umstellung auf Microsoft 365.

5. Frage

Welche konkreten Notfallpläne (z. B. IT-Notfallhandbuch, definierte Meldekettten, Wiederanlaufstrategien, Krisenkommunikation) bestehen in der Gemeinde Köniz für den Fall eines Cyberangriffs – insbesondere auch für kritische Infrastrukturen wie Schulen, Heime oder technische Betriebe?

Die Gemeinde Köniz behandeln IT-Incidents im laufenden Betrieb, ein IT-Notfall wird separat behandelt. Es besteht ein umfassender IT-Notfallplan für den Fall eines Cyberangriffs, der sowohl strategische, taktische als auch operative Massnahmen umfasst und dieser wird losgelöst vom Gemeindeführungsorgan (GFO) durch das Informatikzentrum bearbeitet. Im IT-Notfall wird das interne Computer Security Incident Response Team (CSIRT) aktiviert, das aus Mitarbeitenden des Informatikzentrums, Fachexperten und externen IT-Experten besteht. Die Gesamtverantwortung für die Koordination in einem IT-Notfall liegt beim Informatikzentrum.

Das IT-Notfallhandbuch und die digitalen Notfallordner enthalten wichtige Dokumente wie Informatik-Checklisten, Incident Response Handbücher und Notfall-Prozesse, sowie Kommunikationslisten und -vorlagen. Damit wird gewährleistet, dass eine schnelle und effektive Reaktion auf Cyberangriffe und das Minimieren der Auswirkungen auf unsere kritischen Infrastrukturen möglich ist. Für die Mitarbeitenden wurde ein IT-Notfallblatt erstellt, das wichtige Verhaltenshinweise für den Umgang mit Notfallsituationen enthält.

6. Frage

Gibt es eine übergreifende Risikoanalyse oder ein IT-Sicherheitskonzept, das auf alle kommunalen Einrichtungen (inkl. Schulen, Heime, Verwaltung und externe Partner) abgestimmt ist – und wer trägt die Gesamtverantwortung für die Koordination im Krisenfall?

Die Gemeinde Köniz verfügt über eine umfassende IT-Risikoanalyse, die durch das Informatikzentrum quartalsweise durchgeführt wird. Die jährliche Analyse wird in die übergeordnete Risikoanalyse der Gemeinde integriert und dem Gemeinderat berichtet.

Die Risikoanalyse ist ein wichtiger Bestandteil unserer Sicherheitsstrategie, da sie uns ermöglicht, potenzielle Risiken zu identifizieren und gezielte Massnahmen zu ergreifen, um diese zu minimieren.

Doch Selbstsicherheit ist letztlich nur das Fundament. Ich bin überzeugt, dieses Fundament haben wir in Köniz. Das Ziel muss es sein, eine moderne, Service orientierte und sichere Digitalisierung zu ermöglichen. Ich sehe hier grosse Chancen: Digitale Dienstleistungen für die Bevölkerung, effizientere Abläufe in der Verwaltung und bessere Zusammenarbeit zwischen Schulen, Heime und Partner. Voraussetzung dafür ist, dass wir Vertrauen in den Schutz unserer Systeme und Daten schaffen. Und genau an diesen Themen arbeiten wir.

Ich ziehe ein positives Fazit: Der Gemeinderat hat unsere Fragen ernsthaft beantwortet und wichtige Grundlagen geschaffen. Nutzen wir die Basis, um die Digitalisierung in Köniz strategisch weiterzuentwickeln und so unsere Gemeinde fit für die Zukunft zu machen.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Ich stelle fest, dass sich der Erstunterzeichner mit der Antwort des Gemeinderates befriedigt erklärt hat. Damit ist Traktandum 7 abgeschlossen.

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

PAR 2025/60

Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

V2530 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Wenn schon, denn schon: Für einen vollständigen Ausbau der Fussball-Infrastruktur bei der Lerbermatt"

V2531 Dringliche Motion (SVP-Fraktion) "Realisierung eines Kunstrasens auf dem Fussballplatz Wabern"

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Die Dringlichkeit ist verlangt, ich bitte das Parlamentsbüro, nach der Sitzung noch kurz hier zu bleiben.

Diskussion

Gemeindepräsidentin Tanja Bauer, SP: Ich mache gerne einen Veranstaltungshinweis, von welchem wir vorher schon kurz bei der Interpellation zum Kulturkonzept gehört haben: Vom 11. bis zum 20. September findet zum ersten Mal die ART Köniz statt.

Und dazu möchte ich kurz sagen, das dies von Könizer Kulturschaffenden initiiert wurde – das ist von unten gewachsen – diese sind auf die Gemeinde gekommen und wir haben dies mit ihnen zusammen gemacht. Wir berücksichtigen sie also nicht nur bei Konzepten oder Strategien, sondern auch, wenn sie konkrete Ideen haben. Da kam sehr viel Engagement von den Könizer Kulturschaffenden – von den bildenden Kulturschaffenden, denn oft ist es ja eher Musik oder Theater oder Im besten Fall vielleicht noch Tanz, bei welchen wir Veranstaltungen sehen. Aber hier geht es nun einmal um die bildende Kunst und so etwas hat es bisher noch nicht gegeben.

Es gibt eine Jurierung von Werken: Da werden 16 Künstlerinnen und Künstler juriert – eingegeben haben viel mehr, es gab also wirklich einen regen Zulauf – und da wird die Jury bei diesen 16 Werken Preise vergeben und die kann man dann auch anschauen.

Aber es gibt weitere Ausstellungen, es gibt Gesprächspodien, Workshops für Gross und Klein. Es gibt einen Kunstmarkt, wo man direkt auch Werke erwerben kann -das ist nämlich auch noch wichtig, dass man nicht nur schaut, sondern vielleicht auch einmal etwas kauft. Das ist also etwas, das sich vielleicht bei euch zu Hause sehr gut machen würde, etwas Könizer Kultur an der Wand. Das wird alles von diesem Verein ART Köniz organisiert, welcher die Gemeinde unterstützt und welcher auch im Vorstand mit dem Fachstellenleiter Kultur ist. Es würde mich freuen, wenn ich den einen oder anderen dort sehen würde.

Gemeinderat Thomas Marti, GLP: Reto Zbinden hat in der Juni-Sitzung noch die Frage gestellt, wie es dem Bärensaal geht. Der Bärensaal lebt. Es ist so, dass wir aktuell daran sind, die

Baugesuchsunterlagen zu erstellen. Gleichzeitig sind wir auch daran, die Betriebsorganisation zu klären. Wir hoffen, dass wir Ende Jahr das Baugesuch eingeben können. Ich hoffe natürlich danach auf eine schnelle Bewilligung ohne zu viele Einsprachen. Und ganz persönlich hoffe ich, dass wir dort in einem Jahr diesen Saal auch schon werden betreiben können.

Reto Zbinden, SVP: Danke Thomas, für die Ausführungen zum Bären. Ich habe dort gleich noch eine Nachfrage: Ist dort im Bärensaal nun eine Küche geplant oder nicht?

Und dann komme ich noch einmal mit dem Kunstrasen, meinem Lieblingsthema: Der FC Sternenberg hat den Machbarkeitsstudienauftrag für die Schlattarena gegeben, um dort allenfalls auch ein Kunstrasen zu realisieren. Ich wollte daher nachfragen, wie der Stand der Dinge mit dieser Machbarkeitsstudie ist. Wann kann der FC Sternenberg mit den Ergebnissen rechnen?

Isabelle Steiner, SP Frauen: Ich habe noch eine kurze Bemerkung zur Behandlung des Geschäfts «Umsetzung Istanbul-Konvention»: Nach Art. 41 des Geschäftsreglements des Parlaments wird der Erstunterzeichnerin oder dem Erstunterzeichnenden das Schlusswort erteilt, nachdem der Gemeinderat das Wort hatte. Ich stelle fest, dass dies nicht passiert ist.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Stimmt, du hast recht, das haben wir vergessen. Hättest du noch etwas sagen wollen? Möchtest du dies jetzt noch nachholen?

Isabelle Steiner, SP Frauen: Ich wollte vor allem noch die Bemerkung machen, dass es mich einerseits freut, dass das Postulat auf so breite Unterstützung gestossen ist. Das spricht wirklich für die Dringlichkeit des Problems und dass das angegangen werden muss. Es ist sehr wichtig, dass wenn man Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung von häuslicher Gewalt plant, man dort die Ursachen von häuslicher Gewalt sorgfältig anschaut. Es betrifft alle sozialen Schichten, es betrifft auch alle Geschlechter und es betrifft auch alle Herkunft. Das ist wichtig, wenn man die Massnahmen plant.

Gemeinderat Thomas Marti, GLP: Vielleicht kann ich das mit der Küche bereits erledigen: Wie die Küche ausgebaut wird, das ist noch Gegenstand der Betriebsorganisation oder wie wir den Betrieb organisieren wollen. Aber es wird sicherlich etwas in dieser Richtung realisiert werden.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Wenn das Wort nicht mehr gewünscht ist, dann habe ich nur noch ganz wenige Informationen:

- Die nächste Parlamentssitzung findet am 15. September statt.
- Unser Parlamentsausflug ist diesen Freitag, den Dresscode habt ihr gesehen. In Ergänzung dazu schlage ich euch vor, noch einen Schirm mitzunehmen.

Dann wünsche ich euch einen guten Wahlkampf oder für diejenigen, welche das Wort nicht so gerne haben, eine gute Wahlzeit. Wir sehen uns hier gegen Ende dieser Zeit noch einmal und damit ist die Sitzung geschlossen.

Im Namen des Parlaments

Casimir von Arx
Parlamentspräsident

Chantal Fuchs
Leiterin Fachstelle Parlament